FREITAG, 12. SEPTEMBER 2008 NR. 37 50. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

• Jalousien
• Lamellenstoren
• Garagentor-Antriebe
• Sonnenschutz
• Rollladen
EXPERT somfy
MAURER AG
8192 Glattfelden • 044 867 35 60
www.maurer-glattfelden.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

VORSCHAU

Spannende Herbstsession 2008

Am nächsten Montag beginnt die Herbstsession der eidgenössischen Räte in Bern. Einmal mehr ist für viel Spannung gesorgt. Hauptthemen der Session sind die Sicherheitspolitik und die Aufarbeitung des Armeedebakels, welches durch die Causa Nef verursacht wurde. Weiter werden die grössten Milliardenlöcher in diesem Land Thema sein – die NEAT und die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) – sowie die aussenpolitischen Patzer von Frau Calmy-Rey, die stark steigenden Asylzahlen seit der Departementsübernahme von Frau Widmer-Schlumpf und die massiv gestiegenen Strompreise.

Hauptthema der Session wird zweifelsohne die Armee sein. Und dies ist nicht nur durch die seit Jahren herrschende Führungslosigkeit im Verteidigungsdepartement (welche durch die Ernennung von Roland Nef zum Armeechef exemplarisch zum Vorschein kam), sondern auch an den in dieser Session zur Debatte stehenden Geschäften ersichtlich.

Nein zu obligatorischen Ausland-WKs!

Das im Ständerat zu diskutierende Militärgesetz, welches von einer NATO-philen VBS-Generalität geschaffen und vom zuständigen Departementschef durchgewinkt wurde, möchte in der vom Bundesrat ursprünglich vorgesehenen Form unter anderem Ausland-WKs für obligatorisch erklären. Glücklicherweise hat der Nationalrat in der vergangenen Sommersession sämtliche kritische Punkte auf Antrag der SVP aus dem Militärgesetz gestrichen – doch der Ständerat dürfte wieder in Richtung VBS entscheiden.

Zahlreiche offene Fragen

Beim Rüstungsprogramm bestehen ebenfalls zahlreiche offene Fragen. Die SVP-Fraktion hat daher an ihrer letztwöchigen Fraktionssitzung entschieden, die Beratung des Programms so lange aufzuschieben, bis geklärt ist, wie die eklatanten Missstände (Führung, Material, Personal, Ausbildung, Einsatzfähigkeit) im VBS geklärt werden können. Die SVP-Fraktion wird sich zudem dafür einsetzen, eine dringliche Debatte über die Armee und die Umstände zur Ernennung des letzten Chefs der Armee zu erwirken.

NEAT, ZEB I, ZEB II – blinde Absegnungspolitik der Ratsmehrheit

Nicht nur das Bundeshaus ist im Moment eine Grossbaustelle, auch die grössten Löcher in diesem Land werden einmal mehr zu reden geben. Im Nationalrat wird der jährliche Bericht über die Oberaufsicht zur NEAT diskutiert. Einmal mehr wird das Parlament hilflos über die massiven Kostensteigerungen am Gotthard sinnieren und einzig die SVP mit kritischen Voten gegen die blinde Absegnungspolitik der Ratsmehrheit antreten.

URS MARTIN
FRAKTIONSSEKRETÄR
SVP SCHWEIZ

Wer bezahlt?

Und obwohl das Parlament heute von den Endkosten der NEAT wenig Ahnung hat, ausser, dass die 1998 versprochenen Summen massiv überschritten werden und alle Eisenbahngrossprojekte am Schluss statt 30 über 50 Milliarden kosten werden, wird sich die Ratsmehrheit nicht davon abbringen lassen, auch bei der zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur, welche ebenfalls im Nationalrat diskutiert wird, nicht nur das Bundesratsprojekt zu bewilligen, sondern im Gegenteil noch weitere Projekte reinpacken. Und bereits erklingen die spannenden Sirenentöne der kantonalen Verkehrsdirektoren, welche bereits von ZEB II (Lausanne–Genf, Wiesenberg … usw.) sprechen, obwohl weder die NEAT noch ZEB I finanziert sind.

Politische Spätfolgen des Putschversuchs

Am Mittwoch der dritten Sessionswoche müssen 4 Stellen am Bundesgericht sowie eine Stelle am Bundesverwaltungsgericht neu besetzt werden. Obwohl die SVP an beiden Gerichten mit Abstand am stärksten untervertreten ist, ist es nicht sicher, ob die Bundesversammlung den arithmetischen Anspruch der SVP auf zwei Stellen am Bundesgericht und eine Stelle am Bundesverwaltungsgericht erfüllen wird. Ebenfalls an diesem Tag steht die Frage der Aufhebung der Immunität von Nationalrat Toni Brunner zur Debatte. Die gleiche Koalition, welche vor einem Jahr mit einem Putsch versuchte, Bundesrat Blocher aus dem Amt zu drängen, setzt nun alles daran, mit politischen Argumenten eine Aufhebung der Immunität des SVP-Präsidenten zu erzwingen, obwohl dies rechtlich vollkommen unhaltbar ist.

Liberale Politik: Erhöhung der Tabaksteuer und Rauchverbot

Weiter wird im Ständerat das Patentrecht ein Schwerpunkt sein. Aus Sicht der SVP sollte man das geistige Eigentum des Forschungsstandortes Schweiz schützen, weshalb die Beibehaltung der nationalen Erschöpfung im Patentrecht unabdingbar ist. Ebenfalls in der Session diskutiert wird im Nationalrat die Erhöhung der Tabaksteuer. Die SVP ist einmal mehr die einzige Partei, welche eine Steuererhöhung ablehnt. In der Differenzbereinigung befindet sich die Parlamentarische Initiative Gutzwiller zum passivrauchen. Auch hier setzt sich ausser der SVP und einigen wenigen bürgerlichen Vertretern der Mitteparteien kaum jemand für unsere Gewerbevertreter ein. Die Folge dürfte einmal mehr die Beschränkung des Eigentums durch staatliche Vorschriften sein. Es entbehrt denn auch einer gewissen Ironie, dass sowohl das Passivrauchen als auch die Tabaksteuererhöhung von freisinnigen Urhebern stammen.

Steigende Strompreise und Asylschlendrian

Ebenfalls zu reden geben dürfte diese Session die schweizweit stattfindende Erhöhung der Strompreise durch die Einführung des neuen Stromversorgungsgesetzes. Weil die Strommarktliberalisierung vom Departement Leuenberger systematisch unterlaufen und von Umweltkreisen mit zahlreichen Abgaben angereichert wurde, müssen nun die Stromkonsumenten die Zeche bezahlen. Die SVP will diesen Missstand im Rahmen einer dringlichen Debatte thematisieren. Ebenfalls thematisieren wird die SVP den asylpolitischen Schlendrian, welcher seit diesem Jahr im Bundesrat praktiziert wird. Die stark gestiegenen Neueingänge lassen Ungutes erahnen – alle Ausreden können nicht darüber hinwegtäuschen, dass seit Jahresbeginn die Attraktivität der Schweiz als Asylland aufgrund einer lascheren Praxis wieder angestiegen ist.

SCHWEIZER QUALITÄT Sichere Zukunft in Freiheit
SVP

Polit-Seminar für Aktive und Interessierte

SVP-Mitglieder und Politiker müssen von sich und ihren Ideen überzeugt sein. Denn nur wer überzeugend wirkt, kann seine Zuhörer für die eigenen Überzeugungen begeistern.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir für Sie anlässlich der wichtigen Volksabstimmung vom 30. November 2008 einen Schulungskurs ausgearbeitet, der Sie über die Grundlagen von **HarmoS** und der Volksinitiative **Schluss mit der Schuldenwirtschaft** informiert. Der Kurs vermittelt Ihnen die Grundlagen für ein sicheres und wirksames Auftreten, unabhängig davon, ob Sie Ihre gewonnenen Kenntnisse für das Halten eines Vortrages oder das Verfassen von Leserbriefen verwenden. Der Kurs setzt keine Kenntnisse voraus. Er ist hilfreich für neugierige «Einsteiger» sowie für «alte Hasen», die eine Auffrischung wünschen.

Kursleiter:	Dr. Ueli Schlüer und Nationalrat Christoph Mörgeli Dr. Ueli Schlüer und Nationalrat Alfred Heer Kantonsrat Samuel Ramseyer und Kantonsrat Claudio Zanetti
Kursdaten/-orte:	Montag, 29.09.08, Hotel Glockenhof, Sihlstrasse 31, 8001 Zürich Montag, 6.10.08, Restaurant Wartmann, Rudolfstrasse 15, 8400 Winterthur Donnerstag, 9.10.08, Restaurant Steinfels, Freiestrasse 21, 8610 Uster
Dauer:	Jeweils von 19.30 bis 21.30 Uhr
Kurskosten:	gratis

Anmeldetalon «Polit-Seminar für Aktive und Interessierte!»

Name: Vorname:
Strasse: PLZ, Ort:
Telefon: E-Mail:

Ich melde mich für den folgenden Kurs an:

- ☐ Montag, 29. September 2008, Hotel Glockenhof, Sihlstrasse 31, 8001 Zürich
- ☐ Montag, 6. Oktober 2008, Restaurant Wartmann, Rudolfstrasse 15, 8400 Winterthur
- ☐ Donnerstag, 9. Oktober 2008, Restaurant Steinfels, Freiestrasse 21, 8610 Uster

Bitte Anmeldetalon retournieren bis 3 Tage vor Seminardurchführung an das SVP-Sekretariat, Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

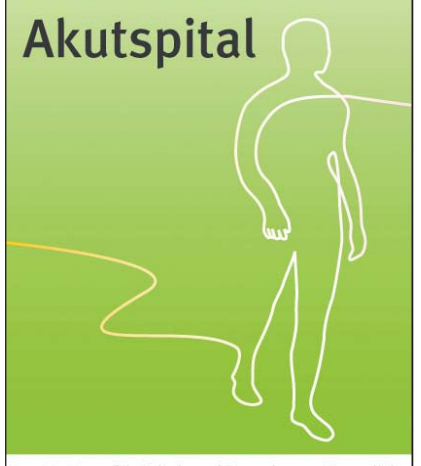
Renovieren und klug sparen

Jetzt Förderbeiträge sichern mit zertifizierten MINERGIE-Fenstern.
dörig Fenster Türen Läden Zargen
Telefon 044 434 80 00
Zürich ■ doerig.zuerich@dfs.ch ■ www.dfs.ch

Restaurant Flair
Gutbürgerliche Küche zu fairen Preisen
Fam. Elsa und Werner Wiederkehr-Nydegger
• Täglich 4 Menus
• Hervorragende Weine
• Aktuell: Salatbuffet Take away
Öffnungszeiten:
Mo – Fr 07.00–23.00 Uhr
Sa 09.30–24.00 Uhr
So 10.00–18.00 Uhr
Schaffhauserstrasse 306, 8050 Zürich-Oerlikon
(Tramhaltestelle Berninaplatz)
Tel. 044 310 68 68 www.restaurant-flair.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi
Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Paracelsus-Spital Richterswil
Mehr als ein Akutspital

Das Zentrum für Schul- und Komplementärmedizin
www.paracelsus-spital.ch | ambulant und stationär
Bergstrasse 16 | CH-8805 Richterswil | Tel. +41 44 787 21 21

rahmenatelier kanzlei
Einrahmungen von Bildern und Spiegeln
www.rahmenatelier-kanzlei.ch
Digitaldruck im Grossformat auf Leinwand oder Papier
www.artatprint.ch
Wechselrahmen in grosser Auswahl
www.wechselrahmenshop.ch
Künstlerbedarf über das Internet
www.kunstmalershop.ch
Bespannte und unbespannte Keilrahmen
www.keilrahmen.ch
kunstmalerbedarf und rahmenatelier kanzlei
Kanzleistrasse 111
8004 Zürich
Tel. 044 241 24 11

Heilige Pflichten und Holidays

VON CHRISTOPH MÖRGELI

BDP-Vordenker Hans Grunder bewegt sich in Bildern, die ihm vertraut sind. Bundesrat Schmid wandle mittlerweile, so der Präsident des Hockey-Clubs Langnau, «auf dünnem Eis». Samuel Schmid lässt solche Kritik kalt. Er ist in höherem Auftrage unterwegs: «Ich habe eine heilige Pflicht.» Wer einer heiligen Pflicht folgt, kann dünnes Eis nicht schrecken. Schmid läuft auch über Wasser.

Mit heiligen Pflichten scheint die Schweizer Sozialdemokratie wenig anfangen zu können. Jedenfalls, wenn man darunter die Teilnahme an ausserordentlichen Sitzungen versteht, wie sie im Fall Nef diesen Sommer nötig wurde. Während die bürgerlichen Unternehmer, Geschäftsführer, Schreiner, Bauern, Piloten, brav antrabten, liessen sich fünf Sozis entschuldigen.

Zum Beispiel fehlte die Berner Berufspolitikerin Evi Allemann. Ihrem Lebenslauf («Evi lebt») ist zu entnehmen, sie widme sich «vollzeitlich dem Nationalratsmandat». Vollzeitlich – ausser an diesem 25. Juli 2008. Vielleicht war Frau Allemann gerade am Texten («Evi schreibt»). Unvergesslich sind ihre Gedanken «Zum Ende der Badesaison» aus dem letzten Jahr. Ihre Erinnerungen an die Saison 07 seien durchzogen, «der Sommer schien nie so recht in Fahrt zu kommen». Auch seien Badeunfälle nie ganz auszuschliessen, und die Sicherheitspolitikerin weiss auch, warum: «Sicher ist, dass die grösste Gefährdung im und am Wasser für jene Menschen besteht, die nicht schwimmen können.» Gut zu wissen, dass so viel Sachverstand («Evi kämpft») in der Regel auch «vollzeitlich» der nationalen Sicherheit zugute kommt.

Überhaupt scheinen sich Berufspolitiker kaum von ihren Verpflichtungen losreissen zu können. So musste sich auch der Waadtländer SP-Nationalrat Eric Voruz entschuldigen, der noch als Stadtpräsident von Morges amtet. Oder die Neuenburger SP-Ständerätin Gisèle Ory. Oder Ricardo Lumengo, dessen Engagement als «juristischer Berater des interkulturellen Begegnungszentrums multimondo» offenbar kaum noch Spielraum lässt.

Bleibt der Fünfte im Bunde, SP-Nationalrat Hans Widmer aus Luzern. Die ausserordentliche Sitzung war aber auch bösartig terminiert. Denkt denn keiner an unsere Pädagogikkräfte? Der 25. Juli fiel mitten in Widmers «unterrichtsfreie Zeit», die der Philosophielehrer zwischen dem 5. Juli und 17. August durchzustehen hatte.

MASSIVE ERHÖHUNG DER STROMPREISE

Falsche Energiepolitik kostet Millionen

Die massive Erhöhung der Strompreise, die auf den 1.1.2009 in Kraft tritt, betrifft die Schweizer Wirtschaft und die Privatkunden. Alle werden zur Kasse gebeten. Die Gründe liegen hauptsächlich bei den Mitte-links-Parteien, die in ihrer verfehlten Strategie auf teure Energien setzen, anstatt die günstigeren und effizienteren Produktionsformen wie Wasser- und Kernkraft zu berücksichtigen. Die SVP fordert eine Kehrtwende in der Energiepolitik und nimmt Bundesrat Leuenberger in die Pflicht, die Auswirkungen dieser Preiserhöhungen abzuschwächen.

ZB. Das Inkrafttreten des neuen Stromversorgungsgesetzes (Strom VG) per 1.1.2009 führt zu entscheidenden Änderungen im entsprechenden Markt. Wie kürzlich bekannt wurde, ist damit zu rechnen, dass die Strompreise auf breiter Front um bis zu 25 Prozent ansteigen werden.

«Schein-Liberalisierung»

Einerseits schlägt hier die gegen den Willen der SVP vorgenommene Neubewertung der Netze durch, welche zum ersten Mal in dieser Form durchgeführt wurde und die Preise dem aktuellen Marktniveau annähert. Andererseits sind aber auch die Parteien der Mitte-links-Regierungskoalition mitverantwortlich für diese Preisentwicklung. Die gegenwärtige Tendenz wird oft zu Unrecht als Liberalisierung bezeichnet. Es handelt sich in Tat und Wahrheit um eine mit zahlreichen preistreibenden Elementen.

Im Parlament haben sich FDP und CVP bei der Beratung des StromVG einmal mehr auf die Seite der Linken geschlagen, so dass kein marktwirtschaftlich geprägtes Gesetz entstanden ist. So wurde zur Subventionierung der Alternativenergien eine Abgabe von maximal 0,6 Rp./kWh im Gesetz festgeschrieben und eine nationale Netzgesellschaft geschaffen, welche ebenfalls zusätzliche Gebühren (aktuell: 0,9 Rp./kWh) kostet. Preissenkende Massnahmen wie etwa ein Zusammenschluss von Kleinkunden, welche damit wie die Grossbezüger von günstigeren Konditionen profitiert hätten, wurden abgelehnt.

Sicherstellung der Stromversorgung

Zudem sind die steigenden Marktpreise ein Abbild der rein ideologisch motivierten Strategie, auf günstige, starke Energieträger wie Wasser- und Kernkraft zu verzichten und stattdessen auf produktionsschwache und mehrfach teurere Energieträger wie Wind- und Solarkraft zu setzen. Im Umfeld einer europaweit knappen Stromproduktion sowie einer absehbaren Versorgungslücke sind solche Fehlentscheide fatal und führen unausweichlich zu massiven Preiserhöhungen. Hinzu kommt noch, dass weitere Beschlüsse drohen, die zu einer zusätzlichen Verteuerung, aber auch einer weiteren Verknappung des Stroms führen werden (z.B. höhere Wasserzinsen, Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Lebendiges Wasser»).

Die aktuelle Preisspirale im Strommarkt wirkt sich überproportional stark auf die Kleinkunden aus. Kleine und mittlere Unternehmen sowie die Privathaushalte, welche nicht von der Liberalisierung profitieren können werden zur Kasse gebeten. Für den Wirtschafts- und Unternehmensstandort Schweiz bringt diese Entwicklung grosse Standortnachteile mit sich.

Für die SVP hat die Sicherstellung der Stromversorgung oberste Priorität. Weitere produktionsverteuernde und -einschränkende Massnahmen sind konsequent abzulehnen. In der kommenden Herbstsession wird die SVP mehrere Vorstösse zu diesem Thema einreichen.

Die SVP stellt deshalb folgende Forderungen:

- Die Eidgenössische Elektrizitätskommission (ElCom) und der Bundesrat haben ihrer Pflicht nachzukommen, die neuen Tarife zu beurteilen und rasch Entscheide zu fällen. Ansonsten wäre die neugeschaffene Swissgrid generell in Frage zu stellen.
- Ausserdem sind die massiven Preiserhöhungen abzuschwächen, insbesondere durch den Verzicht auf zusätzliche Abgaben. So ist die Einführung der Öko-Abgabe von maximal 0,6 Rp./kWh zu sistieren.
- Kleinkunden muss die Möglichkeit gewährt werden, sich zusammenzuschliessen, um die Schwelle von 100000 kWh zu erreichen und so umgehend von der freien Wahl des Lieferanten zu profitieren.
- Die preisgünstige einheimische Stromproduktion durch Wasser- und Kernenergie muss rasch gesteigert werden, ein klares Bekenntnis des UVEK zur Kernkraft ist notwendig, u.a. durch die Erteilung einer unbefristeten Betriebsbewilligung an das KKW Mühleberg.
- Ebenso sind produktionseinschränkende Massnahmen zu verhindern. Der Ständerat wird aufgefordert den Gegenvorschlag wie auch die Volksinitiative «Lebendiges Wasser» in der Herbstsession klar zu verwerfen.
- Bundesrat Leuenberger soll gemeinsam mit den Elektrizitätswerken dafür sorgen, dass die im UVEK hängigen Projekte für den Ausbau der Stromproduktionskapazität aus Wasserkraft vorangetrieben werden.

SVP VERLANGT AUSGABENSEITIGE IV-SANIERUNG

Halbherzige Sparmassnahmen

ZB. Die diese Woche vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmenpakete zur Sanierung der Invalidenversicherung vermögen nicht zu überzeugen. Offensichtlich versucht die führungsschwache Regierung mit halbherzigen Sparmassnahmen die Volksabstimmung über die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Gunsten der IV zu beeinflussen. Jedoch sind diese Vorschläge bereits jetzt zum Scheitern verurteilt, da die dringend notwendige Sanierung aus Sicht des Bundesrates erst ab 2011 erfolgen soll. Dieser Termin ist viel zu spät. Solange die IV nicht ausgabenseitig strukturell revidiert wird, ändert sich an der desolaten Situation dieses Sozialwerkes nichts.

Dass es den Mitte-links-Parteien unmöglich ernst sein kann mit einer echten Reduktion der Ausgaben der IV, zeigte sich heute einmal mehr. Die Empörung über eine verschärftere Kontrolle der Anspruchsberechtigungen in den kantonalen IV-Stellen ist unverständlich. Nur wenn diese Aufgabe konsequent wahrgenommen wird, kann dem stetig wachsenden Missbrauch unserer Sozialwerke ein Riegel geschoben werden.

Mit der Bekämpfung des IV-Missbrauchs kann ein erster Schritt in die richtige Richtung gemacht werden. Die SVP hat bereits am 18. Juni 2007, also einen Tag nach der Abstimmung über die 5. IV-Revision, ein umfassendes Sanierungskonzept für die Invalidenversicherung präsentiert. In diesem Dokument wurde klar und unmissverständlich aufgezeigt, dass eine ausgabenseitige IV-Sanierung möglich ist.

Konkrete Vorschläge für eine nachhaltige Verbesserung dieser Finanzierung liegen also auf dem Tisch. Der Bundesrat ist gefordert, die für deren Realisierung notwendige 6. IV-Revision umgehend einzuleiten. Leider kämpft die Regierung aber lieber für die Zusatzfinanzierung, mit der den Bürgern erneut Milliarden aus der Tasche gezogen werden, anstatt die strukturellen Probleme und Missstände zu lösen. Der zuständige Departementschef geht wohl ohne neue Revision in Rente und zockt dafür die Bürger mit höheren Steuern ab.

Die SVP fordert deshalb, anstelle weiterer Steuererhöhungen, die sofortige Umsetzung einer strukturellen Bereinigung der Missstände und Missbräuche mittels der 6. IV-Revision. Nur so kann die IV längerfristig überleben und ihre Aufgabe wieder erfüllen.

Niedertracht als Redaktionsdoktrin

zac. Bei einer Zeitung, deren Chefredaktor das 225-Jahr-Jubiläum damit begeht, dass er (in einem grossen Interview im Konkurrenzblatt) erklärt, SVP-Mitglieder könnten nicht Aktionäre des betreffenden Medienunternehmens werden, muss man mit einigem rechnen.

Seid bald 20 Jahren schafft es die NZZ fast täglich, Giftpfeile gegen die SVP abzuschiessen. Keine sich bietende Gelegenheit wird ausgelassen. Längst hat sie in dieser Hinsicht den «Tages-Anzeiger», ja sogar die WoZ überholt. Selbst das Versagen von Samuel Schmid, der seinen Kollegen im Bundesrat bei einem Personalentscheid wichtige Informationen vorenthält, wird damit entschuldigt, dass das Klima im Gremium wegen Christoph Blocher gelitten habe.

In der Regel treten die Redaktoren der NZZ nicht mit offenem Visier auf. Sie stehen nicht dazu, dass sie etatistische und linke Positionen vertreten. Stattdessen beschränken sie sich auf fiese Sticheleien, wie zum Beispiel ark. der mit bürgerlichem Namen Adrian Krebs heisst. Er schafft es sogar, in Kurzmeldungen Gift zu versprühen: So setzte er bei der Nachricht, dass der Parteipräsident der Zürcher SVP, Ueli Maurer, zum neuen Präsidenten des Dachverbands der schweizerischen Maschinen- und Betriebshelfer-Ringe gewählt werden soll, den Titel «Noch ein Amt für Ueli Maurer». Die Betonung liegt auf «noch ein Amt». Nun ist es nicht so, dass die NZZ generell etwas gegen Ämterkumulation hat. Beim freisinnigen Ständerat Gutzwiller etwa, der Verwaltungsratsmandate sammelt wie andere Leute Kaffeerahmdeckel, war in den Spalten der NZZ jedenfalls noch nie ein Wort der Kritik zu lesen. An dieser fehlt es jedoch nie, wenn es um einen SVPler geht. Dann interessiert nicht einmal, ob jemand für sein Auskommen kämpfen muss, weil er gerade ehrenamtlich das enorm zeitaufwendige Amt als Parteipräsident übernommen hat. Nein, auch dies wird von der «alten Tante» sofort zu Ungunsten der SVP gewendet. Dann heisst es zum Beispiel, die SVP habe eben eine dünne Personaldecke und sei darum gezwungen, auf die «alte Garde» zurückzugreifen.

ASYLRECHT KONSEQUENT UMSETZEN

Dem Asylschlendrian muss Einhalt geboten werden

Die Anzahl der illegal in die Schweiz einreisenden Asylsuchenden hat sich massiv erhöht. Grund dafür ist einerseits eine generelle Flüchtlingswelle aus Afrika und anderseits sind die griffigen Massnahmen zur Stärkung des Asylrechts nach dem Wechsel an der Spitze des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes EJPD nicht mehr umgesetzt worden.

ALAIN C. HAUERT
PRESSESPRECHER
SVP SCHWEIZ

In den letzten Wochen hat sich die Anzahl der illegal in die Schweiz einreisenden Asylsuchenden erneut stark erhöht. Dies ist einerseits die Folge einer generellen Flüchtlingswelle aus Afrika, aktuell erreichen täglich mehrere Boote mit rund 250 Personen die Küste der italienischen Insel Lampedusa. Dass die Zahl der Asylgesuche aber nun vor allem in unserem Land so stark wächst, bis Ende Jahr wird ein Anstieg von 30% erwartet, kann keinesfalls ausschliesslich durch diese Tendenz erklärt werden. Es ist vielmehr so, dass im Schweizer Asylrecht der Schlendrian wieder eingesetzt hat. Die neuen Bestimmungen für den Vollzug in den Kantonen werden nicht konsequent umgesetzt und die eigentlich notwendigen Kontrollen an den Landesgrenzen sträflich vernachlässigt.

Griffige Massnahmen wurden verpasst

Nach dem Wechsel an der Spitze des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes EJPD sind keine griffigen Massnahmen zur Stärkung des Asylrechts mehr umgesetzt worden. Diese Entwicklung trägt jetzt ihre Früchte. Die lasche Praxis im Asylbereich sprach sich schnell herum und auch die organisierte Kriminalität hat die Schlupflöcher nun für sich entdeckt. So schleusen Schlepperbanden die Neuankömmlinge bereits im Schnellzugstempo innert drei Tagen durch Italien, um dann sorglos in die Schweiz einzureisen. Die Anzahl der Asylgesuche in Österreich ist im ersten Halbjahr sogar gesunken, während sie sich in der Schweiz massiv erhöht haben. Offensichtlich nützen die illegalen Immigranten die Situation aus, dass die Einreise in die Schweiz um ein Vielfaches einfacher ist als in andere Staaten. Eine Stärkung des Grenzwachtkorps, wie sie von der SVP schon früher gefordert wurde, muss nun sofort realisiert werden.

SVP-Forderungen bisher nicht umgesetzt

Das EJPD ist aber auch weiter gefordert, die Entwicklung der steigenden Asylzahlen zu stoppen. Die Überflutung der Schweiz mit afrikanischen Flüchtlingen darf nicht in diesem Tempo weitergehen. Die SVP hatte bereits im Sommer 2008 auf die Problematik der Massenasylgesuche aus Eritrea hingewiesen und vom Bundesrat Massnahmen gefordert. Die Forderungen aus dieser Interpellation sind noch immer nicht umgesetzt, obwohl dringender Handlungsbedarf besteht.

In der kommenden Herbstsession wird die SVP dieses Thema deshalb erneut aufgreifen und einen Fraktionsvorstoss einreichen, damit der Schlendrian im Asylbereich wieder gestoppt werden kann. Der Bundesrat soll deshalb folgende Fragen beantworten:

1. Was unternimmt der Bundesrat, um weitere Zunahmen der Asylgesuche zu verhindern?
2. Droht die aktuell praktizierte Asylpolitik den von der Schweizer Bevölkerung mit 68 Prozent klar zum Ausdruck gebrachten Willen nach einer Verschärfung des Asylrechts wieder in Frage zu stellen?
3. Gibt es Anzeichen dafür, dass organisierte Schlepperbanden die lasche Handhabung der Schweizer Asylpraxis ausnützen?
4. Wie erklärt sich der Bundesrat, dass die Asylgesuche in Österreich im ersten Halbjahr 2008 um fast 4 Prozent gesunken sind im Vergleich zur Vorjahresperiode, während sie in der Schweiz um mehr als 6 Prozent zugenommen haben?
5. Werden die in den letzten Jahren in den Herkunftsländern gezeigten Informationsfilme über die Zustände von Asylbewerbern in der Schweiz auch weiterhin gezeigt?
6. Wie gedenkt der Bundesrat, die Zugverbindungen von Italien in die Schweiz, welche sich laut Medienberichten zu einem attraktiven Schlupfloch entwickelt haben, besser zu kontrollieren?
7. Kann sich der Bundesrat vorstellen, für Kontrollen solcher Zugverbindungen dem Grenzwachtkorps zusätzliches Personal zu bewilligen?
8. Welches sind die zu erwartenden Auswirkungen der fehlenden Personenkontrollen an den Schweizer Grenzen aufgrund des Beitritts der Schweiz zum Schengen-Raum?

Es ist an der Zeit, nun endlich wieder für eine konsequente Umsetzung des Schweizer Asylrechts zu sorgen und der illegalen Einreise in unser Land sowie dem Vorgehen der Schlepperbanden sofort einen Riegel zu schieben.

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Linke wollen mit einem Trick das Steuerpaket verhindern!

Die letzte Kantonsratssitzung wurde von zwei eher nebensächlichen Geschäften dominiert. So gab die Wahl von Sandro Feuillet in die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit zu diskutieren. Da der neue, grüne Kantonsrat eine Webseite, auf welcher er SVP-Politiker massiv und auf gröbste Weise verunglimpft, betreibt, hat die Fraktion beschlossen, ihn nicht in die Kommission zu wählen. Das zweite Geschäft, welches für rote Köpfe sorgte, war die Dringlichkeit eines Postulats, mit welchem die Ratslinke versucht, das Steuerpaket zu verhindern.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Das scheinbar harmlose Postulat mit dem Titel «Ausgleich der kalten Progression auf 2009» von AL, SP und Grüne will in Wirklichkeit das wichtige Steuerpaket verhindern. In der Ratsdebatte ging es eigentlich nur um die Frage, ob das Postulat dringlich erklärt werden soll. Trotzdem wurde eine heftige Steuerdebatte ausgelöst. Wenn die kalte Progression, wie von der Ratslinken gefordert, schon im Jahr 2009 ausgeglichen wird, wäre das Steuerpaket, welches den Ausgleich der kalten Progression im Jahr 2010 vorsieht, bereits auseinandergebrochen. Für **Arnold Suter** (SVP, Kilchberg) macht es keinen Sinn, die kalte Progression schon ein Jahr früher, als im Steuerpaket vorgesehen, einzuführen. Er hat die Stossrichtung erkannt und erklärt, dass die SP mit allen Mitteln versuche, das Steuerpaket zu verhindern. Für **Hans Frei** (SVP, Regensdorf) ist es offensichtlich, dass die Ratslinke nur die Rosinen aus dem Steuerpaket picken wollen. Auch **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) betonte im Rat, dass es klar sei, was mit der Dringlichkeit erreicht werden sollte. Das Steuerpaket solle geschwächt werden, dies verrate die durchsichtige Argumentation der Ratslinken. Zu guter Letzt doppelte noch **Hansjörg Schmid** (SVP, Dinhard) nach, indem er erklärte, dass die Diskussion reichlich absurd sei. Mit dem Postulat sei nichts zu erreichen, ausser einem Bericht, der dann abgeschrieben werde. Auch die FDP bot Schützenhilfe und fragte sich, ob die Linke nun ihr Programm zu Steuersenkungen übernommen habe. Warum sie dann der Dringlichkeit trotzdem zustimmte, ist wohl in der unergründlichen Weisheit freisinnig-differenzierter Politik zu ergründen. Das Postulat wurde mit 110 Stimmen für dringlich erklärt. Die Debatte geht in eine zweite Runde.

Wahlverfahren des Bildungsrates

Mit einer parlamentarischen Initiative (PI) versuchten **Samuel Ramseyer** (SVP, Niederglatt) und **Martin Arnold** (SVP, Oberrieden) das Wahlverfahren des Bildungsrates zu ändern. Die Wahl des für die Bildungspolitik und die Gesellschaftspolitik ausserordentlich wichtigen Gremiums fällt in die Zuständigkeit des Kantonsrates. Jedoch wird die Nomination durch die Bildungsdirektion vorgenommen. Dies sollte mit der PI geändert werden. **Samuel Ramseyer** betonte, dass es darum gehe, die Kompetenzen zu regeln. Zudem wäre ein grösserer Einfluss des Kantonsrates wünschenswert. Es geht dabei darum, die Personen nicht nur zu wählen, sondern auch auszuwählen. Ob der Kantonsrat das essen möchte, was der Regierungsrat serviere, oder ob er das Menü in Zukunft lieber selber bestimmen möchte, hinterfragte die EDU treffend. Die zuständige Kommission sah es anders und empfahl die Ablehnung. Das Wahlverfahren sei gut. Die Regierung nehme eine Auswahl aus Verbänden vor, da der Bildungsrat ein Expertengremium sein solle. Leider unterstützte diese Meinung auch die Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder.

Schwimmunterricht

In einem Postulat der SP wurde die Förderung des Schwimmunterrichts gefordert. Jedoch wurde betont, dass keine neuen Schwimmhallen gebaut werden müssen. Einige Gemeinden, die nicht über ein Schwimmbad oder einen Seeanstoss verfügen, erfüllen den Lehrplan punkto Schwimmunterricht nicht. **Bruno Walliser** (SVP, Volketswil) betonte, dass das Schwimmobligatorium von den Örtlichkeiten abhängig sei. Viele Gemeinden müssten extra eine Schwimmhalle bauen. In erster Linie muss die Eigenverantwortung der Eltern wahrgenommen werden. Ausserdem muss auch sichergestellt werden, dass der Schwimmunterricht von allen Schülern wahrgenommen wird. Die Bildungsdirektorin stellte fest, dass es genügend Schwimmmöglichkeiten gibt, ausserdem sind die Schulbehörden und die Schulleiter gefordert, dass jedes Kind schwimmen kann. Das Postulat wurde abgelehnt.

Ausbildungsprofile der Lehrkräfte

Mit einer Interpellation forderte **Samuel Ramseyer**, dass die Ausbildungsprofile der Volksschullehrkräfte bezüglich Anforderungen der Schulpraxis überprüft werden müssen. Angehende Volksschullehrkräfte, die an der Pädagogischen Hochschule Zürich nach dem neuen modularen Ausbildungsmodell für ihre Tätigkeit an der Volksschule ausgebildet werden, haben bei Bewerbungen oft deutlich verringerte Chancen, da sie bestimmte Fächer in ihrem Studium nicht belegt haben. Auf der andern Seite wird es für die Schulpflegen schwierig, eine grössere Zahl junger Fächergruppenlehrkräfte mit begrenzter Unterrichtsberechtigung anzustellen, weil die Ausbildungsprofile bezüglich des Gesamtstundenplans nicht zusammenpassen. Ausserdem müssen Gemeinden die fehlenden Ausbildungen bezahlen. Vor Beginn des Schuljahres war von einem gravierenden Lehrermangel die Rede. Mittlerweile sind viele ausländische Lehrpersonen angestellt worden. Die Interpellation wurde mit der Diskussion als erledigt abgeschrieben.

Sekundarstufen

Mit einer Motion forderten **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen) und **Samuel Ramseyer** dass die gesetzlichen Grundlagen so zu gestalten sind, dass die Bevölkerung von Schul- und Kreisschulgemeinden die Kompetenz erhält, den Grundsatzentscheid über gegliederte oder dreiteilige Sekundarstufen zu bestimmen. Matthias Hauser stellte gleich zu Beginn der Debatte fest, dass die Motion eigentlich Aufbau der Volksrechte in der Schulorganisation heissen sollte, da diese Rechte abgebaut wurden. In der Verordnung zum neuen Volksschulgesetz wurde ein Passus eingebaut, der die Schulbehörden zwingt, die Anzahl Abteilungen und Niveaufächer verbindlich festzulegen. Die Motion wurde abgelehnt.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Keine Publizität, auf die man stolz sein kann

CLAUDIO ZANETTI
KANTONSRAT SVP
ZOLLIKON

Da beschimpft ein Vertreter der Grünen Partei die SVP aufs Übelste, bezeichnet sie als kriminelle Bande, die verwahrt gehört, und bringt sie konsequent mit nationalsozialistischem Gedankengut in Verbindung. Ein klarer Fall sollte man meinen, und der eine oder andere neutrale Beobachter dürfte wohl damit gerechnet haben, dass die SVP für ihre Kritik an dieser Kritik für einmal keine Kritik erntet. Weit gefehlt. Der «Tages-Anzeiger» schrieb beispielsweise: «Der Fall wirkte für die SVP wie ein Bumerang. Die Partei der Ratten-, Stiefel- und Schäfchen-Inserate stand isoliert da und musste Prügel einstecken.» Der Genosse Redaktor warf der SVP zudem vor, es versäumt zu haben, einen Alternativkandidaten vorgeschlagen zu haben. Was sein Kollege vom «Landboten» offenbar mühelos zustande brachte, nämlich zu berichten, was sich im Rat zugetragen hat, kann von ihm offensichtlich nicht verlangt werden. Dazu hätte er ja zuhören müssen und hätte nicht verpasst, wie die SVP klarstellte, dass sie weder eine Entschuldigung verlange noch den Anspruch der Grünen in Frage stelle, sondern lediglich die Verantwortung für diese eine Wahl ablehne. Wie es sich einer freiheitlichen Partei ziemt, räumt die Volkspartei Andersdenkenden nämlich das Recht ein, zu sagen und zu schreiben, was sie wollen. Von Richtern, die über politische Aussagen und historische Tatsachen urteilen sollen, hält man bei der SVP nichts.

Noch ein weiteres Detail ist dem Mann vom «Tages-Anzeiger» entgangen. Nämlich der Umstand, dass die SVP die anderen Parteien dazu aufforderte, sich zu überlegen, ob sie tatsächlich einen Flegel wählen wollen. Sie haben es getan und sollten sich darum hüten, je wieder von der SVP Anstand und Stil einzufordern.

In einem Punkt hat der «Tagi» allerdings Recht: Es besteht in solchen Fällen tatsächlich die Gefahr, dass man jemandem durch die vorgebrachte Kritik zusätzliche Publizität verschafft. Es stimmt, niemand kannte vorher Sandro Feuillet. Jetzt kennen ihn zumindest die politisch Interessierten. Aber auf einen solchen Bekanntheitsgrad kann er nicht stolz sein.

Zu einer Kritik, die fast einem Lob gleichkommt, konnte sich übrigens die NZZ durchringen: Sie schreibt von einer «nicht sehr geschmackssicheren Kritik» Feuillets an der SVP. Damit ist wieder einmal klargestellt, dass man an der Falkenstrasse nichts gegen SVP-Mobbing hat – es muss nur geschmackssicher sein.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… Sandro Feuillet (Grüne, Zürich) in the Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit gewählt.	☹
… ein Postulat mit dem Ziel, die kalte Progression schon im Jahr 2009 auszugleichen, für Dringlich erklärt.	☹
… eine parlamentarische Initiative, die das Wahlverfahren des Bildungsrats neu regelt, abgelehnt.	☹
… ein Postulat zur Förderung des Schwimmunterrichts in der Schule abgelehnt.	☺
… ein Postulat zum Thema Erziehung im Vorschulalter abgelehnt.	☺
… eine Interpellation zur Überprüfung der Ausbildungsprofile der Volksschullehrkräfte bezüglich Anforderungen der Schulpraxis abgeschrieben.	😐
… eine Motion betreffend Schulorganisation abgelehnt.	☹

8.9.08

NEIN ZUM BERUFSBILDUNGS-FONDS

Zwang schadet Lehrstellenmarkt

Der Berufsbildungsfonds verursacht zusätzliche staatliche Bürokratie. Rund 70 000 Betriebe müssten regelmässig überprüft und kontrolliert werden. Schlimmer noch: Der Berufsbildungsfonds lähmt zudem die Eigenverantwortung der Betriebe.

MATTHIAS HAUSER
KANTONSRAT SVP
HÜNTWANGEN

Es gibt Betriebe, die lieber in einen Fonds einzahlen, statt selber Lehrlinge ausbilden. Und es gibt Berufe, in denen trotz intensiver Suche zu wenig Nachwuchs ausgebildet werden kann – solche Betriebe müssen auch einzahlen und sind doppelt gestraft. Auch Bauernfamilien, die einen landwirtschaftlichen Angestellten beschäftigen, aber deren Hof kein Lehrbetrieb ist, zahlen künftig in den Fonds ein, selbst diejenigen Landwirte, bei denen immer wieder Jugendliche mit Schulschwierigkeiten ein Praktikum absolvieren dürfen. Und dann gibt es Betriebe, die einfach zu klein sind, die nur knapp existieren, die sich aus personellen oder finanziellen Gründen schlicht nicht der Ausbildung von Jugendlichen widmen können. Immerhin schaffen sie Arbeitsplätze. Das Geld, das diese Betriebe in den Berufsbildungsfonds zahlen, fliesst in staatliche Bürokratie, bis 20 Millionen Franken jährlich. Damit überprüft der Kanton 70 000 Betriebe regelmässig: Wird wirklich genau 1 Promille der Lohnsumme bezahlt? Stimmt die deklarierte Anzahl Lehrlinge auch wirklich? Arbeitet auf diesem Hof nicht doch ein landwirtschaftlicher Angestellter? Bezahlt der Betrieb bereits Beiträge in einen freiwilligen Berufsbildungsfonds seines Branchenverbandes? Falls dieses «Beitragserheben» und der Kontrollapparat noch einen Rest übrig lassen, entscheidet eine neunköpfige Kommission (mit Sitzungsgeld) über dessen Verwendung zu Gunsten derjenigen, die schon Lehrstellen anbieten. Das ist gerecht: Die einen bestrafen (auch wenn sie nichts dafür können), die anderen belohnen. Aber eine Lehrstelle geschaffen wird deswegen noch keine einzige.

Schlimmer noch: Der Berufsbildungsfonds lähmt die Eigenverantwortung. Naturgemäss hat jeder Berufsstand Eigeninteresse und Stolz, genügend gute Nachfolger auszubilden, so viel wie es zum Fortbestand der Betriebe und zum Erhalt der Qualität braucht. Ein Zuviel an Lehrlingen verschiebt die Arbeitslosigkeit ins Erwachsenenalter. Trittbrettfahrer-Betriebe, die von Ausbildungsleistungen der Lehrbetriebe profitieren, zahlen bereits in den Fonds ihrer Verbände; die meisten haben einen solchen eingerichtet. Ein flächendeckender Fonds für die Übrigen entlässt diese aus der Verantwortung, selber etwas zu tun.

2000 Lehrbetriebe im Kanton Zürich haben eine Ausbildungsbewilligung und bieten keine Lehrstellen an. Sie werden durch die neue Zwangsabgabe nicht motiviert.

Was sie brauchen, sind erzogene, lehrfähige Schulabgängerinnen und Schulabgänger, solche, die die Lehre durchziehen, und Ausbildungsgänge, welche eine seriöse Mitarbeit im Lehrbetrieb ermöglichen, mit vernünftigem Aufwand erfüllbare Ausbildungsvorgaben. Dies alles wäre unbezahlbar, 1 Promille der Lohnsumme oft hingegen schon.

Parolen zur Volksabstimmung vom 28. September 2008

1.A	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (EG BBG) Hauptvorlage mit Berufsbildungsfonds	NEIN
1.B	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (EG BBG) Variante ohne Berufsbildungsfonds	JA
1.C	Stichfrage	Vorlage B Variante ohne Berufsbildungsfonds
2.A	Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen»	NEIN
2.B	Gegenvorschlag des Kantonsrates: Gastgewerbegesetz (Änderung)	JA
2.C	Stichfrage	Vorlage B Gegenvorschlag des Kantonsrates

VEREIN «FÜR AKTIVE SENIOREN»

Schifffahrt auf dem Zürichsee

Bei herrlichem Wetter trafen sich gegen hundert Mitglieder unseres Vereins zur traditionellen Schifffahrt auf dem Zürichsee.

Margrit Haller, Präsidentin der SVP-Frauen Stadt Zürich, Brigitte Sabouni und Erica Rossel (von links) geniessen die Zürichsee-Schifffahrt in vollen Zügen.

ERNST BRUNNER
ALT KANTONSRAT
ILLNAU

Sehr gefreut hat uns, dass unser Ehrenpräsident alt Stadtrat Kurt Egloff und seine Gemahlin bei bester Gesundheit wieder teilnehmen konnten.

Pünktlich um 14 Uhr wurden die Anbindetaue gelöst und unser Schiff Pfannenstiel konnte in See stechen. «Volle Fahrt voraus», war die Devise, der Goldküste entlang bis hinauf in die Gegend der Insel Ufenau.

Um 15 Uhr wurden alle Gäste in den Innenraum gebeten, dort gabs traditionsgemäss Kaffee und Kirsch- oder Schwarzwäldertorte. Auch bot sich hier die Möglichkeit zu Gesprächen, etwas das vielen der älteren Teilnehmenden sehr viel bedeutet.

Die Frau Kapitän hat in dieser Zeit mit grossem Bogen Richtung Richterswil das Schiff gewendet und dann gings auf der linken Seeseite, der sogenannten Pfnüselküste wieder Richtung Zürich. Doch schon bald sah sich die Schiffsführerin vor ein Problem gestellt. Noch so viel Zeit und nur noch so wenig Weg bis nach Zürich. An Stelle von «voller Fahrt voraus» tuckerten wir ab der Halbinsel Au den grössten Teil des Heimwegs mit ein Viertel Kraft. So war es möglich, ausgiebig die Geografie zu studieren, die vielen schönen Villen zu bewundern oder einfach an der Sonne zu sitzen und ohne allzu grossen Fahrtwind in den Tag hineinzuträumen. Je näher wir der Stadt Zürich kamen (immer noch schön langsam und im Zickzackkurs mit einer Volte), desto interessanter wurde es, die verschiedenen markanten Gebäude genau zu benennen, zum Beispiel Grandhotel Dolder, FIFA-Sitz Sonnenberg, Grossmünster, Fraumünster, St. Peter und so weiter und so fort. Es war faszinierend, dank dieser langsamen Fahrt seine Kenntnisse über die verschiedenen Bauwerke der Stadt aufzufrischen.

Pünktlich um 17 Uhr trafen wir wieder an der Schiffstation Bürkliplatz ein. Eine gut gelaunte Gesellschaft verliess das Schiff mit dem Eindruck, eine wunderschöne Fahrt erlebt zu haben.

Vielen Dank den Organisatoren und der Schiffsmannschaft für die schöne Fahrt und auf Wiedersehen im Jahr 2009.

Paracelsus-Spital Richterswil
Mehr als ein Akutspital
Das Zentrum für Schul- und Komplementärmedizin
www.paracelsus-spital.ch | ambulant und stationär
Bergstrasse 16 | CH-8805 Richterswil | Tel. +41 44 787 21 21

KMU-Unternehmer:
Profitieren Sie von unserem Know-How!

Wir unterstützen Sie durch professionelle Beratung und aktive, erprobte Problemlösung für KMU-Betriebe: beim Aufbau, beim Ausbau, bei der Nachfolgeregelung und bei der Erhaltung. Wenden Sie sich vertrauensvoll an uns:

mrs-consultants, Blumenfeldstrasse 11/22, 8046 Zürich
Telefon 043 811 39 36, E-Mail: mrs-consultants@bluewin.ch

30-jähriges Kleinunternehmen sucht per sofort einen motivierten, selbständigen und **erfahrenen**

Storenmonteur

für die Mithilfe von Neumontagen, Reparaturen und Werkstatt-/Servicearbeiten.

Sie verfügen über eine abgeschlossene Berufslehre, besitzen einen Führerausweis Kat. B, sind belastbar, flexibel und zuverlässig.

Es erwartet Sie ein vielseitiger Arbeitsbereich.

Interessiert? Dann senden Sie bitte Ihre schriftliche Bewerbung an:

MAURER AG
Dorfstrasse 1
8192 Glattfelden
Tel. 044 867 35 60
www.maurer-glattfelden.ch

SVP SEEN

Besichtigung der Spinnerei Bühler

Letztes Jahr hat die SVP Seen beschlossen, unseren Mitgliedern und Gästen die ortsansässige Industrie und das Gewerbe besser bekannt zu machen. Davon gibt's viel zu entdecken im eigenen Stadtteil.

SVP Seen. So traf sich letzthin an einem Samstag bei schönstem Sonnenschein eine grössere Schar Besucher vor den Toren der Spinnerei Bühler Hermann AG in Sennhof (siehe auch: www.buhleryarn.com). Es ist noch eine von zwei existierenden Spinnereien in der Schweiz(!). Sie ist seit 200 Jahren familiengeführt und spezialisiert auf hochwertige und Spezialgarne. Ihre Garne verkauft sie fast weltweit. Zudem befindet sich ein zweiter Produktionsstandort in den USA. Herr Schnepf, ein begeisterter Textilprofi, führte uns vom Lager mit Bergen von (Bio-)Baumwollballen über die Kämm- und Streckanlagen bis zu den modernsten Ringspinnmaschinen (von Rieter). 4000 Tonnen Garne werden jährlich produziert, in drei Schichten an sieben Tagen pro Woche. Wie früher Massen von Arbeitern (auch Kinder) in Hitze und Lärm auf engstem Raum schufteten, lässt sich noch heute erahnen; in staubiger und stickiger Luft. Heute wird die Abluft in raumgrossen Gebläsen mehrmals pro Stunde umgewälzt und gefiltert. Trotz der 200 Mitarbeiter in Sennhof, scheinen an diesem Morgen die Fabrikhallen fast menschenleer – die computergestützte Automation macht's möglich. Die Fabrik ist über die Jahrzehnte immer mehr ausgebaut worden, sodass aus der Besichtigung ein eigentlicher Parcours wurde, der am idyllischen Tösswasser-Reserveweiher endete. Der Fluss liefert rund ein Drittel des Strombedarfs. Das Streben nach höchster Qualität und die Fokussierung auf moderne Spezialprodukte, die immer weiter entwickelt werden, ermöglichen, dass eine bei uns einst blühende Industrie nicht ganz erlischt. Und das in unserem Seen. Darauf können alle ein bisschen Stolz sein.

Die Mitglieder der SVP Seen bei der Besichtigung der Spinnerei.

SVP WÄDENSWIL

Die Macht der Medien

An der Parteiversammlung der SVP Wädenswil referierte Markus Somm, stellvertretender Chefredaktor der «Weltwoche», zur Rolle der «Weltwoche» in der schweizerischen Medienlandschaft.

SVP Wädenswil. Der Parteipräsident Erich Schärer durfte im voll besetzten Saal des Restaurants Neubüel den renommierten Journalisten und stellvertretenden Chefredaktor der Wochenzeitschrift «Weltwoche», Markus Somm, begrüssen. Dieser meinte einleitend, dass die meisten Umfragen ergäben, wie unbeliebt die Berufsgattung Journalist sei und dass das Vertrauen in die Medien abgenommen habe. Die Geschichte zeige, dass Informationen eine entscheidende Rolle spielen können, so zum Beispiel beim Niedergang von Cäsar oder Alfred Escher. Sogar Napoleon fürchtete laut einem Zitat Zeitungen mehr als 100 Bajonette.

Parteipräsident Erich Schärer (links) und Presseverantwortliche Karin Pfister überreichen Markus Somm, stv. Chefredaktor der «Weltwoche», einen saisonalen Gemüsekorb.

Realitätsverzerrender Mainstream

Die Medien seien langfristig gesehen sehr einflussreich, weil sie die Einstellung der Menschen verändere. In den letzten 30 Jahren habe sich zum Beispiel die Haltung zum Föderalismus oder zum Sonderfall Schweiz massiv verändert. Somm beklagte die Einförmigkeit der Medien, was er unter anderem auf den Niedergang der Parteipresse zurückführe und auf die einseitige Rekrutierung von Journalisten. Diese hätten dieselbe Ausbildung, denselben familiären Hintergrund und dasselbe soziale Umfeld. Somm skizzierte das Profil des typischen Journalisten, der als aus der Mittelschicht stammender 40jähriger Schweizer kaum Berührung mit Ausländern habe und politisch mit zunehmendem Alter eher wieder bürgerliche Verhältnisse anstrebe. Der aktuelle Mainstream der Medien sei ein Problem; die ewiggleiche Meinung zu vertreten sei ja nicht unbedingt falsch, aber da die andere Perspektive zu selten vorkomme, führe das zu einer Abkoppelung der Realität. Der Sündenfall der Schweizer Journalisten sei das geschlossene Auftreten für den EWR gewesen, wo man sich enorm getäuscht habe in der Meinung der Bevölkerung. Ebenfalls Mühe bekunden die Medien mit der Ausländerpolitik, auch Sozialmissbrauch und Jugendgewalt wurden beschönigt. So müsste es sich in den Medien mehr abbilden, dass nur noch 27 Prozent der Bevölkerung in die EU wolle.

Somm kam auf die Rolle der «Weltwoche» zu sprechen. Sie lege Wert darauf, gegen den Mainstream anzugehen, eine andere Perspektive zu zeigen und mit gut recherchierten Fakten zu arbeiten. Für sie seien etablierte Kräfte interessant. Die «Weltwoche» habe, ähnlich der SVP, viel mit der Rolle des Oppositionellen zu tun, weshalb ihr oft SVP-Lastigkeit vorgeworfen werde.

Nach dem eindrücklichen und humorvollen Referat informierte der Präsident, Erich Schärer, über die Abstimmung zum Einführungsgesetz über die Berufsbildung. Er wies auf die Problematik des umstrittenen Berufsbildungsfonds hin: Einem grossen Aufwand mit Mehrkosten sowie einer Ungleichbehandlung der Betriebe könne ein Gewerbler nicht zustimmen. So entschieden sich die Stimmberechtigten einstimmig für die Variante B ohne Berufsbildungsfonds. Die Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen» töne ganz gut, führte Balz Kronauer aus. Unter dem Deckmantel der Gesundheit werde aber übersehen, dass zu viele Arbeitsplätze gefährdet würden. So fasste die Versammlung die Ja-Parole zum Gegenvorschlag des Kantonsrates.

LESERBRIEF

Soll es den kleinen Beizen an den Kragen gehen?

Immer wieder hört man, dass kleinere Dorf- und Quartierbeizen verschwinden, weil dort mit sehr viel Arbeit nur wenig Geld verdient werden kann. Und nun kommt die Lungenliga und lanciert eine Verbots-Initiative, die jeden mündigen Bürger bevormundet!

Dass Passivrauchen schädlich ist, darüber besteht vermutlich weitgehend Einigkeit. Und dass man sich nicht unfreiwillig dem von Dritten genossenen Duft der grossen, weiten Welt auszusetzen hat, ist ein berechtigtes Anliegen. Mit dem vernünftigen Gegenvorschlag des Kantonsrats zur Zwangsinitiative der Lungenliga kommen sowohl Nichtraucher als auch Raucher auf ihre Rechnung. Und zudem werden die kleinen, beliebten und für das soziale Leben so wichtigen Quartier- und Landbeizen nicht in den Ruin getrieben, weil in ihnen, bis maximal 35 Sitzplätze, auch weiterhin geraucht werden darf. Was entscheidend ist: Jeder von uns kann frei wählen, ob er sich in ein solches Restaurant setzen will oder nicht. Frei entscheiden, wie es in unserem Land seit eh und je Tradition ist!

Kantonsrat Yves Senn, Winterthur

EIN JAHR NACH DEM 5. SEPTEMBER 2007

Lynchjustiz in Bundesbern – Was wirklich geschah

Was vor einem Jahr – am 5. September 2007 und im unmittelbaren Vorfeld – in Bundesbern abgelaufen ist, gehört zweifellos zu den grössten Politskandalen des schweizerischen Bundesstaates. Drei Anwälte des Bundes, zwei Vertreter der parlamentarischen Oberaufsicht und zwei Vertreter der Verwaltung hatten einen Monat zuvor vereinbart, Bundesrat Christoph Blocher im Hinblick auf die kommenden Parlaments- und Bundesratswahlen öffentlich dermassen zu diskreditieren, dass er sich nicht im Amt hätte halten können und seine Partei die Wahlen verloren hätte.

CHRISTOPH MÖRGELI
NATIONALRAT SVP
STÄFA

Die sieben Beteiligten aus Parlament, Bundesanwaltschaft und Verwaltung machten aus den harmlosen Kritzeleien und der Telefonliste eines angeschuldigten Bankiers ohne jede Nachprüfung ein weit verzweigtes kriminelles Komplott unter Beteiligung des Justizministers, welches angeblich das Ziel verfolgt habe, den früheren Bundesanwalt Valentin Roschacher loszuwerden. Statt pflichtgemäss das Funktionieren der Strafverfolgungsbehörden des Bundes in der Amtszeit von Bundesanwalt Roschacher zu untersuchen, wurde von Anfang an Bundesrat Blocher ins Fadenkreuz genommen. Bis heute schiebt die Geschäftsprüfungskommission die Affäre vor sich her, um das Desaster nicht eingestehen und sich beim Verunglimpften nicht entschuldigen zu müssen.

Aktenkundige Konspiration

Am 8. August 2007 trafen sich Michel-André Fels, Claude Nicati und Alberto Fabbri als Vertreter der Bundesanwaltschaft mit Lucrezia Meier-Schatz und Jean-Paul Glasson als Vertreter des Parlaments sowie Philippe Schwab und Irene Moser von der Bundesverwaltung: Staatsanwälte, Parlamentarier, Aufsichtsbehörde, Verwaltung im konspirativen Austausch. Die Gleichen urteilten anschliessend wortreich, der Justizminister habe die Gewaltenteilung nicht respektiert. Das Motiv von Meier-Schatz und Glasson lag in der politischen Gegnerschaft, jenes der Anwälte des Bundes in Blochers Bestreben nach einer besseren Führung der Bundesanwaltschaft sowie in zwei Fällen zusätzlich wohl in der erfolglosen Bewerbung als Bundesanwalt. Claude Nicati hatte bereits früher in böswilliger Absicht Christoph Blochers Tätigkeit im Verwaltungsrat der Alusuisse mit einem angeblichen Terror-Financier in Verbindung bringen wollen (*SonntagsZeitung,* 17.12.2006).

An diesem 8. August 2007 beschlossen die sieben Beteiligten eine in ihrer Perfidie nicht zu überbietende Doppelstrategie: Die gesamte Geschäftsprüfungskommission sowie die Öffentlichkeit sollten rasch über den ungeheuerlichen Verdacht gegen Blocher informiert werden, die eigentliche Untersuchung sollte aber erst Monate später, nach den Wahlen von Parlament und Bundesrat, stattfinden, denn die Unterlagen aus Deutschland seien früher angeblich nicht zu beschaffen. Beweisstück dieser Konspiration bildet eine unlängst aufgetauchte, damals selbst vor der GPK-Subkommission geheim gehaltene, «vertraulich» klassifizierte Gesprächsnotiz des Treffens. An der Authentizität dieses Dokuments, aus dem die «*SonntagsZeitung*» (22.6.2208) und *«Die Weltwoche»* (3.7.2008) unlängst zitiert haben, besteht kein Zweifel. Ganz offen wurde demnach an diesem Tag die politische Ausschlachtung der angeblichen Affäre beschlossen und festgestellt, dass «aufgrund des politischen Kalenders (eidgenössische Wahlen, Bundesratswahlen [...] der Spielraum der GPK eng» sei. Bundesanwaltschaft und zwei Parlamentarier von deren Oberaufsicht thematisierten also für die Terminierung ihres Vorgehens den Zeitpunkt von Parlaments- und Bundesratswahlen. Fürs Aussprechen des Verdachtes gegen Blocher war Eile geboten, für die Beweisführung wollte man sich Zeit lassen. Ein ungeheuerlicher, beispielloser Vorgang! Fels, Nicati, Fabbri, Meier-Schatz und Glasson vereinbarten, dem Justizminister ein Komplott gegen Roschacher zu unterstellen – und bildeten dabei selber ein Komplott. Der durch die Geschäftsprüfungskommission zu untersuchenden Bundesstaatsanwaltschaft gelang es dank Mithilfe von Lucrezia Meier-Schatz und Jean-Paul Glasson, den Spiess gegen den Justizminister umzukehren. In jenem Geheimgespräch, «Teil eines offiziellen Vorhabens der Bundesanwaltschaft», wurden in Stuttgart beschlagnahmte Dokumente des Bankiers Oskar Holenweger vorgestellt und mit folgender unglaublicher Tatsachenschilderung interpretiert: «Diese Dokumente [...] belegen, dass die Demission von Valentin Roschacher in einem sorgfältig geplanten Kontext abgelaufen ist, in den eine ganze Serie von einflussreichen Akteuren einbezogen waren (Politiker, Journalisten, Industriekapitäne, ein Universitätsprofessor, ehemalige Chefs von Geheimdiensten etc.).» Man beschloss, die Subkommission der GPK baldmöglichst zu informieren – «mit allen Risiken, welche dieses Vorgehen mit sich bringt». Die Oberaufsichtsbehörde unterstellte sich an diesem Treffen den Bundesanwälten, sicherten Meier-Schatz und Glasson doch zu, den Entwurf eines Communiqués vorgängig «der Bundesanwaltschaft zur Überprüfung» zuzustellen.

Wir müssen heute aufgrund von offiziellen Akten feststellen, dass in Bundesbern der Rechtsstaat im Umgang mit Christoph Blocher ausser Kraft gesetzt wurde. Gleichzeitig entwickelte das Parlament eine unglaubliche Energie, um dem früheren Justizminister ungesetzliches Handeln nachzuweisen. Nicht weniger als drei umfangreiche Berichte der Geschäftsprüfungskommission wurden bezüglich seinem Handeln in Sachen Swisscom, Albisgüetli-Rede und Bundesanwaltschaft verfasst. Die Kollegialbehörde Bundesrat liess es sich nicht entgehen, gegen den Kollegen Blocher wegen dessen Albisgüetli-Rede eine Rüge auszusprechen – derselbe Bundesrat, der heute Samuel Schmid vollständig deckt und dessen Präsident plötzlich festhält, die Regierung sei keine Schulklasse, in der man Rügen erteile.

Pleiten, Pech und Pannen

Werfen wir einen Blick zurück: Unter CVP-Bundesrätin Ruth Metzler wurde die Bundesanwaltschaft sukzessive aufgeblasen. Valentin Roschacher – Chef dieser Behörde und Parteifreund Metzlers – malte das Bild einer Schweiz in den Klauen der organisierten Kriminalität. Und produzierte dabei einen Ermittlungsflop um den andern. Internationale Schlagzeilen gemacht hatte Roschacher als Ermittler gegen Raul Salinas, den Bruder des mexikanischen Ex-Präsidenten. Man liess über 100 Millionen Dollar auf Salinas-Konten in der Schweiz beschlagnahmen – um sie unlängst kleinlaut zurückzugeben, da der Nachweis von angeblichem Drogengeld nie gelang. Einen Zeugen aus jenem Verfahren namens Ramos – ein zweifach lebenslänglich verurteilter kolumbianischer Drogenkrimineller – wurde als «Vertrauensmann» in die Schweiz importiert, um den Bankier Oskar Holenweger der Geldwäscherei zu überführen. Ramos erwies sich als Hochstapler und Doppelagent für die USA und wurde heimlich ausgeschafft – gegen Holenweger liegt auch nach bald fünf Jahren noch keine Anklage vor. Roschacher liess über sechs Milliarden Franken auf Konten des russischen Ölkonzerns Jukos blockieren, musste aber auf Geheiss des Bundesgerichtes zurückkrebsen. Doch der immense Schaden für den Schweizer Finanzplatz war bereits geschehen. Das Verfahren wegen Terrorfinanzierung gegen die Tessiner Finanzgesellschaft Nada/Al Taqua musste eingestellt werden. Die Grossrazzia gegen die Zürcher Hells Angels als angeblich kriminelle Vereinigung geriet zur nationalen Lachnummer. Nach der eindrücklichen Serie von Pleiten, Pech und Pannen gab es keinen einzigen Bundesrat, keinen einzigen Parlamentarier, der protestierte, als Roschacher endlich kündigte. Die später tätige Geschäftsprüfungskommission interessierte sich in ihrer Mehrheit aber weder für Roschachers Sündenregister noch für seine Cowboymethoden. Sie wollte Justizminister Blocher ans Messer liefern. Es geschahen ihm gegenüber Amtsgeheimnis- und Ehrverletzungen in der Absicht, ihn dem Verdacht auszusetzen, er sei in ein rechtswidriges Komplott zur Absetzung des früheren Bundesanwaltes verwickelt. Dadurch sollte er in der Öffentlichkeit und politisch derart unter Druck gesetzt werden, dass er von seinem Amt hätte zurücktreten müssen.

Indiskretionen der Blocher-Gegner

Dazu dienten schon zuvor zahlreiche gezielte Indiskretionen. Am 12. April 2007 berichtete der *«Blick»*, dass Holenweger in Stuttgart angehalten worden sei und das Landeskriminalamt im Besitz von brisanten Dokumenten sei. Diese Information konnte nur aus der Bundeskriminalpolizei, dem Untersuchungsrichteramt oder aus der Bundesanwaltschaft stammen. Am 15. Juli titelte der *«Sonntagsblick»:* «So schossen Blocher & Co. den Bundesanwalt ab», am folgenden Tag der «*Blick*»: «Blocher wollte Bundesanwalt wegmobben.» Am 1. September hiess es ebendort: «Zogen Politiker die Fäden?», und es war die Rede von einem «möglicherweise gravierenden Justizskandal» sowie vom «Roschacher-Komplott» unter Hinweis auf die Holenweger-Dokumente. Am 3. September las man im *«Tages-Anzeiger»*: «Verschwörung gegen Ex-Bundesanwalt», «Plan zu Roschachers Demontage aufgetaucht», am Tag darauf im *«Blick»:* «Geheimtreffen auf Schloss Rhäzüns» sowie «Roschacher-Komplott: Ein Bundesordner voller Beweise», am 5. September präsentierte der *«Tages-Anzeiger»* die auf den Holenweger-Dokumenten vorkommenden Namen Filipo Leutenegger, Christoph Mörgeli und Alexander Baumann in Wort und Bild, im *«L'Hebdo»* stand der Titel: «Le complot contre Valentin Roschacher». Alle diese Indiskretionen aus der Geschäftsprüfungskommission waren gegen Blocher gerichtet und stammten darum ohne jeden Zweifel von ihm politisch feindlich gesinnten Parlamentariern oder Verwaltungsleuten. Gegen diese Geheimnisverletzer geschah indessen nichts. Den Einzigen, den man jetzt abstrafen will, ist SVP-Nationalrat Toni Brunner, der niemals irgendwelche Medien informierte, aber in Erfüllung seiner parlamentarischen Pflicht den mangelnden Wahrheitsgehalt des GPK-Vorberichts im betroffenen Departement aufklärte.

Putschversuch vom 5. September 2007

Zur Entfernung des missliebigen Justizministers dienten neben dem konspirativen Treffen vom 8. August 2007 die späteren Beschlüsse der GPK-Mehrheit und insbesondere die öffentliche Verbreitung der ungeheuerlichen Unterstellungen gegen Christoph Blocher anlässlich der Medienkonferenz vom 5. September 2007. Deren Übertragung inklusive die zahlreichen Falschaussagen insbesondere von Frau Meier-Schatz sind übrigens unlängst von der offiziellen Homepage des Bundes entfernt worden. Die wissenschaftliche Überprüfung der unwahren Behauptung, es handle sich um verschiedene Schriften und damit um verschiedene Akteure auf Holenwegers Flipcharts, wurde nach Kräften verschleppt. Erst nach den Parlamentswahlen hielt die Kantonspolizei Zürich in einem Gutachten fest, dass es sich einzig und allein um die Schrift Oskar Holenwegers handelt. Und heute sagt ausgerechnet Frau Meier-Schatz über Blocher, der sich gegen ihre Verleumdungen zur Wehr setzt: «Er versucht das Rechtssystem auszuhebeln.» *(Rundschau von SF DRS,* 3.9.2008)

Richtigstellung am 6. September 2007

Nur aufgrund einer glücklichen Fügung gelang es, am 6. September 2007 die Medien über den Missbrauch der harmlosen Holenweger-Dokumente durch die GPK aufzuklären. Aufgrund der Schlagzeilen in der Ringier-Presse war Oskar Holenweger nämlich am 3. September eiligst aus den USA zurückgekehrt und hatte mir Kopien sämtlicher dieser Unterlagen übereicht und erläutert. Damit hielt ich die Sache für erledigt, bis mir Bundesrat Blocher am 5. September nachts um halb zwölf Uhr telefonisch vom Komplott-Verdacht der GPK aufgrund der Holenweger-Dokumente berichtete. Ich meinte, diese seien völlig unverfänglich, worauf er mir anriet, dies baldmöglichst auch die Öffentlichkeit wissen zu lassen. Tags darauf kam es zum Ärger der GPK-Mehrheit und unserer politischen Gegner zur Richtigstellung. Die Erleichterung innerhalb der SVP war gross, mit der einzigen Ausnahme eines allerdings prominenten Exponenten: Bundesrat Samuel Schmid kritisierte meine Richtigstellung am 19. September 2007 gegenüber der *«Südostschweiz» wie folgt:* «Es gebe zwei Arten von Historikern, so Schmid. Die Seriösen beurteilten einen Sachverhalt als unabhängige Experten; die andern seien selbst als Akteure in die Geschichte verwickelt.» Schmid versuchte also nicht einmal, sein Bedauern über meinen Befreiungsschlag zugunsten von Christoph Blocher zu kaschieren.

Blochers Abwahl demokratisch?

Die *«SonntagsZeitung»* vom 22. Juni 2008 brachte das letztjährige Geschehen auf den Punkt: «Der 8. August war der eigentliche Start zur Demontage von Blocher, die in der Pressekonferenz von Meier-Schatz am 5. September ihren Höhepunkt fand.» Die Konspiration zwischen Bundesanwälten und Parlamentariern bedeutete den Auftakt zur späteren Abwahl Blochers aus dem Bundesrat. So gesehen ist die Behauptung, es habe sich bei den Vorgängen des 12. Dezember 2007 um einen demokratischen Akt gehandelt, entschieden zu relativieren, wenn nicht zu verneinen. Die Unterstellung krimineller Machenschaften gegenüber einem Bundesrat unter Einbezug des politischen Fahrplans der Wiederwahl hat mit Demokratie nichts zu tun. Und die Abstrafung der durch das Schweizervolk demokratisch erkürten Wahlsiegerin SVP durch die vereinigten Wahlverlierer bei der Regierungsbildung hat mit Demokratie ebenfalls nichts zu tun.

Einreichung einer Strafanzeige

Ich meine, das im letzten Jahr Geschehene dürfe in einem Rechtsstaat nicht geduldet werden. Gemeinsam mit alt Bundesrat Christoph Blocher reiche ich daher bei der Bundesanwaltschaft eine Strafanzeige gegen Frau Nationalrätin Meier-Schatz, Herrn alt Nationalrat Glasson sowie die Herren Nicati, Fels und Fabbri von der Staatsanwaltschaft des Bundes ein. Bei der angeschuldigten Nationalrätin ist die Aufhebung der parlamentarischen Immunität zu beantragen, beim angeschuldigten alt Nationalrat die Frage der Immunität zu prüfen und diese gegebenenfalls ebenfalls aufzuheben. Bei den angeschuldigten Mitarbeitern der Bundesanwaltschaft bedarf die Strafverfolgung einer Ermächtigung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements. Ich habe an der Einreichung der Strafanzeige insofern ein persönliches Interesse, als sich mein Name ebenfalls auf den Holenweger-Dokumenten befindet und durch Indiskretion den Weg in die Medien fand. Auch ich musste damit rechnen, politisch und persönlich verunglimpft sowie bei der kurz bevorstehenden Wiederwahl in den Nationalrat gefährdet zu werden. Die Strafanzeige betrifft erstens eine Amtsgeheimnisverletzung. Wir meinen, die Anwälte des Bundes wie die Parlamentarier waren zur Weitergabe beziehungsweise öffentlichen Preisgabe von Holenwegers Privatakten aus einem laufenden Verfahren nicht berechtigt, um so mehr, als dies die deutschen Behörden und das Bundesstrafgericht eindeutig untersagten. Die Strafanzeige betrifft zweitens einen Nötigungsversuch, denn das Zusammenwirken der Angeschuldigten sollte einen derart grossen Druck auf den damaligen Justizminister aufbauen, dass er in seiner freien Willensbildung und Willensbetätigung in nicht zu tolerierender Weise beeinträchtigt worden wäre. Und die Strafanzeige betrifft drittens die Bildung einer rechtswidrigen Vereinigung. Die Handlungen der Angeschuldigten hatten nämlich den Zweck, den damaligen Bundesrat Blocher an der Ausübung seiner verfassungsmässig vorgegebenen Funktionen zu hindern, mit andern Worten, die verfassungsmässige Ordnung zu stören. Auf den genannten drei Straftatbeständen steht Freiheitsstrafe von fünf bzw. drei Jahren und Geldstrafe. Es erscheint uns angezeigt, die Sache zur Untersuchung und Beurteilung den kantonalen Behörden von Zürich zu übertragen. Eine von der Bundesanwaltschaft gegen ihre Mitarbeiter geführte Untersuchung verlöre jeden Anschein von Objektivität und Unvoreingenommenheit.

Unterwegs zum Willkürstaat?

Gewisse Rechtsprofessoren haben die Zulässigkeit unserer Klagen bereits präventiv verneint. Rainer J. Schweizer urteilt: «Ich bezweifle, dass man mit einer zivilrechtlichen Klage gegen ein persönlichkeitsverletzendes behördliches Handeln vorgehen kann.» (*Aargauer Zeitung,* 26.8.2008). Und Georg Müller behauptet, einzelne Beamte oder Parlamentarier dürften zivilrechtlich nicht belangt werden: «Da ist ein hohes Risiko, dass man auf diesem Weg den Willensbildungsprozess, den Entscheidungsprozess in der Politik und der Verwaltung lahmlegen könnte, und man würde sicher auch die Beamtinnen und Beamten dazu bringen, nichts oder wenig zu machen oder jedenfalls keine mutigen Entscheide zu treffen, weil sie immer denken müssten, sie riskierten allenfalls, schadenersatzpflichtig zu werden.» Die Herren Professoren sind freundlich aufgefordert, zu sagen, welches denn die wirksamen Möglichkeiten wären, um nach dem Geschehenen den Rechtsstaat wiederherzustellen. Sollten sie aber festhalten, es gebe dazu keine Möglichkeit und den Politikern und Beamten sei alles erlaubt, dann sanktionieren sie den Unrechtsstaat, belohnen die Lynchjustiz und liefern ein Lehrbeispiel, wie verrottet der Rechtsstaat hierzulande schon ist.

Fadegrad

Reform im SSD?

VON ROLF A. SIEGENTHALER

Ein verhältnismässig kleiner, zweispaltiger Artikel in der NZZ vom Mittwoch weckt Interesse. Der Titel: «Stadt will Führung der Volksschule verbessern; Auftrag für externe Organisationsanalyse wird demnächst vergeben». Sofort Internet einschalten und suchen, ob es eine offizielle Medienmitteilung der Stadt oder des Schul- und Sportdepartementes hierzu gibt. Nichts zu finden. Warum ich über die Meldung so aufgeregt bin, fragen Sie? Nun, es entspricht einer lange geäusserten Forderung der SVP, dass die Führungsstruktur im SSD, so kürzt sich das Schul- und Sportdepartement ab, reformiert werde. Wir hielten im Jahr 2007 eine Medienkonferenz im Restaurant Schweighof ab, um unsere schulpolitischen Forderungen im Schulkreis Uto zu vertreten, der durch die Folgen der jahrelangen Tatenlosigkeit seines Präsidenten Andreas Rüegg in die Medien geraten war (Horrorklasse im Schulhaus Borrweg). Inzwischen hat Herr Rüegg (SP) seinen Rücktritt auf Ende der Amtsperiode im Jahr 2010 erklärt. Hier die Forderungen der SVP in aller Kürze: 1. Das integrative Schulsystem ist gescheitert. Klassen müssen nach Leistungsfähigkeit der Schüler zusammengesetzt werden, nicht nach gesellschaftlichen Utopien. 2. Die Schulleitungen sind zu stärken und sie müssen die Lehrerschaft administrativ entlasten. 3. Die Führungsposition und auch die Verantwortung des Schuldepartementes muss gegenüber den Präsidenten der Kreisschulpflegen gestärkt werden. 4. Die Leistung der Schüler muss vermehrt ins Zentrum der Erfolgsbeurteilung der Schule treten. 5. Hausordnungen und Regeln der Schule müssen gesamtstädtisch gelten und überall gleich durchgesetzt werden. 6. Für schwierige Schüler müssen Sonderklassen und Institutionen gebildet werden, die eine straffe Erziehung ermöglichen. Direkt angesprochen haben wir die fehlende Weisungsbefugnis des Departementschefs des SSD gegenüber den Kreisschulpflege-Präsidenten, die aufgrund der Direktwahl im Schulkreis legitimiert sind. Stadtrat Lauber leitet zwar die gemeinsamen Sitzungen, doch befehlen kann er nicht. So tut und lässt jeder der 7 Präsidenten, im Rahmen des Gesetzes natürlich, was er will. Also, Freude herrscht! Die Forderungen der SVP sollen umgesetzt werden! Doch ist da nicht die Rede von «externer Organisationsanalyse»? Im Schulamt gibt es zwei Abteilungen, die in der Lage sein müssten, das Problem zu lösen. Es sind dies die Abteilungen Strategie und Organisationsentwicklung sowie Schulmanagement. Externe Berater werden sich von den Angestellten des SSD erklären lassen, wie die Lösung aussehen müsste, und diese anschliessend dem Stadtrat für teures Geld verkaufen. Führungsenergie und Innovationskraft im SSD scheinen also doch eher klein. Unsere Gemeinderäte müssen aufpassen, dass ausser hohen Spesen Verbesserungen für die Volksschule herauskommen!

AUS DEM ZÜRCHER STADTRAT

Verspätete Sozialdebatte und verfrühter Strassen-Abgaben-Diskurs

Der Rat debattierte verspätet über die Fehler der abgetretenen Monika Stocker und redete viel über einen neuen Bericht zur Strassenbenutzungs-Abgabe.

MARTIN BÜRLIMANN
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 10

Die Sitzung begann mit einer Pseudo-Sozialdebatte über die Missstände im Stockerschen Sozialwesen – bloss ist Monika Stocker bekanntlich nicht mehr im Amt. Die Debatte über den Bericht «Change» hätte vor den Sommerferien stattfinden sollen. Als einzige Partei beharrte die SVP darauf, die Debatte durchzuführen. Da eine von linker Seite verlangte Abstimmung zu fortgeschrittener Stunde angenommen wurde, schickte die Ratspräsidentin Fiammetta Jahreiss-Montagnani die Gemeinderäte in die Ferien. Die anderen Parteien wollten verhindern, dass die SVP im damaligen Stadtratswahlkampf ihre Position darlegen konnte. An sich begreiflich, denn die anderen Parteien hätten dabei alt aus der Wäsche geschaut.

Schlimmer kann es nicht mehr kommen

Fraktionspräsident **Mauro Tuena** listete in seinem Votum noch einmal klar und deutlich die lange Reihe der Missstände auf. Es kam aber keine rechte Debattierlaune auf, da nun Martin Waser das schwierige Erbe Monika Stockers angenommen hat. Die politische Fairness gebietet es, dass man Stadtrat Waser eine Chance gibt. Schlimmer kann es eigentlich nicht mehr werden. Leider schwieg er zu dem Thema, **Roger Liebi** kritisierte Waser dafür und hätte gerne mehr über seine Ziele und Absichten erfahren.

Danach spulte der Rat einige Traktanden ab. Als erstes überwies der Rat ein Postulat von SP und EVP, welches unter dem Titel Kinderschutzmassnahmen weitere Anpassungen der Personalressourcen verlangt. Dass die Anpassungen Erhöhungen sind, versteht sich von selbst.

Pensionäre für Schulbetreuung

Weiter wird die schulische Betreuung ausgebaut. Auf Antrag der beratenden Kommission wird ein Angebot eingeführt, welches Seniorinnen und Senioren in der Schulbetreuung beschäftigt. Die SVP unterstützte diesen Antrag. Seit längerer Zeit gibt es Projekte unter dem Titel «Seniorinnen und Senioren im Klassenzimmer». Der Seniorenrat nahm diese Tätigkeit vor einigen Jahren auf als eine Aufgabe zum Dialog zwischen den Generationen und um den Kontakt zwischen Menschen verschiedenen Alters zu fördern. Ältere Mitmenschen werden nun in der Schule für spezifische Aufgaben eingesetzt. Dies kostet jährlich knapp 100 000 Franken.

Ruth Anhorn erläuterte den Standpunkt der SVP: Das Angebot existiert seit 1999 und es hat sich nach Aussagen von Fachleuten und Lehrpersonen bewährt. Mit beteiligt ist die Pro Senectute, welche den Freiwilligen auch schulspezifische Weiterbildungskurse anbietet.

Ein weiteres Postulat der Ratslinken wollte diese Tätigkeit ausweiten. Grüne und CSP verlangten in einem Postulat eine Ergänzung des Betriebskonzeptes. Auch dieses Postulat überwies der Rat gegen die Stimmen der SVP.

Road Pricing – Linke wollen neue Steuern

Eher unerwartet entspann sich gegen Ende der Sitzung ein ausführlicher Schlagabtausch zum leiden Thema Road Pricing. Ein Postulat der SP verlangt vom Stadtrat Vorschläge für die Kostenpflicht der Strassenbenutzung.

Bernhard im Oberdorf erläuterte ein SVP-Postulat, welches genau solches verhindern will. Road Pricing ist klar verfassungswidrig; schliesslich steht dort, dass für die Benutzung von Strassen keine Gebühren erhoben werden dürfen.

Das SP-Postulat verlangt einen Bericht, der Umweltwirkung von Strassenabgaben aufzeigt. Natürlich ist dies Etikettenschwindel. Der Grüne Markus Knauss gab dies indirekt zu, indem er auf eine Reihe von Studien zum Thema verwies. Allein dies hätte dem Rat genügen müssen, auf einen weiteren teuren Bericht zu verzichten. Die Grünen haben erkannt, dass die Einnahmen einer Strassenbenutzungsgebühr wenn schon in den Strassenbau fliessen müssten und nicht als Steuereinnahmen zweckentfremdet werden dürften. Als einziger ehrlicher Linker an diesem Abend schlug Knauss vor, das Kind beim Namen zu nennen und es als Lenkungsabgabe zu bezeichnen. Bemerkenswert ist, dass die Grünen ein reines Road Pricing ablehnen würden.

SP für Einführung von Wegzöllen

Obwohl auch der Nationalrat kein Road Pricing will, beharrte die SP darauf, die neue Steuer in einem ersten Schritt weiter zu beobachten und neue städtische Modelle zu entwickeln. Die FDP wehrte sich nur halbherzig gegen den Bericht. Neue Abgaben kämen allenfalls in Frage, wenn dafür andere Steuern gesenkt würden, hiess es seitens der FDP.

Das Postulat der Linken wurde schliesslich mit 69 zu 38 Stimmen überwiesen, jenes der SVP abgelehnt. Der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements, Stadtrat Robert Neukomm, will nun ein Konzept ausarbeiten. Dabei soll die Stadt mit dem Kanton zusammenarbeiten. Neukomm will dieses «Instrument zur Lösung der Verkehrsprobleme» in einem Versuch testen, sagte er. Wäre er so ehrlich wie Knauss, hätte er gesagt, dass er neue Steuern von den bösen Automobilisten einziehen will.

SVP

Schweizerische Volkspartei
Sektion Uetikon

EINLADUNG

Die SVP Uetikon lädt ein zu einer Besichtigung der Firma J. Grimm AG in Holzhausen bei Oetwil und freut sich auf reges Interesse. Herr Christoph Hess-Grimm (Inhaber und Geschäftsführer) wird uns durch die Anlagen führen.

Mittwoch, 17. September 2008, 16.00 Uhr

Anmeldungen (bis 13.9. 08) und weitere Informationen:
Margrit Schait, Weissenrain 32, 8707 Uetikon, E-Mail: m.schait@bluewin.ch

Parolen zu den städtischen Abstimmungen und Wahlen vom 28. September 2008

Abstimmungen

1. Cabaret Voltaire, Verlängerung des Mietvertrages für Räumlichkeiten an der Münstergasse 26/Spiegelgasse 1 für weitere drei Jahre (1. Mai 2008 bis 30. April 2011) mit jährlichen Mietkosten von gegenwärtig Fr. 315 000.–. **NEIN**
2. Parkierung und Aufwertung der Umgebung Helvetiaplatz, Objektkredit von Fr. 4 975 000.–. **NEIN**
3. Villa Winkelwiese 10, Abgabe im Baurecht gegen eine an die Stadt zu leistende Entschädigung von 4,5 Mio. Franken und einem jährlichen Baurechtszins von anfänglich Fr. 210 000.–. **JA**

Wahlen

1. Ersatzwahl eines Mitglieds *der Kreisschulpflege Limmattal* für den Rest der Amtsdauer 2006–2010: **Dr. Johannes Kaiser (SVP)**
2. Ersatzwahl eines Mitglieds *der Kreisschulpflege Schwamendingen* für den Rest der Amtsdauer 2006–2010: **Isabel Maria Staub (SVP)**

VOLKSABSTIMMUNG VOM 28. SEPTEMBER

Nein zur Helvetia-Platz-Vorlage!

Am 28. September 2008 haben die Stadtzürcher Stimmbürger die Gelegenheit, über die sogenannte Helevtia-Platz-Vorlage abzustimmen. Es empfiehlt sich ein klares Nein!

BRUNO AMACKER
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 6

Mit der Helvetia-Platz-Vorlage sollen die oberirdischen Parkplätze im Gebiet um den Helvetiaplatz praktisch verschwinden. Dies würde zu einer erheblichen Verschlechterung für die Bewohner, Gewerbetreibenden und deren Kunden führen. Die Parkplätze in der Tiefgarage am Helvetiaplatz sind kein valabler Ersatz; insbesondere bei Frauen sind sie sehr unbeliebt. Als Folge der Parkplatzaufhebung ist zu befürchten, dass in den umliegenden Quartieren mehr Suchverkehr entsteht. Anderseits werden, wie andernorts auch, zukünftig weniger Kunden und Besucher in das Quartier finden. Der – grundsätzlich zu begrüssende – Aufwertungseffekt durch die gewonnene Fussgängerzone an der Molkenstrasse ist jedoch derart klein, dass dieser die Nachteile für das Quartier bei weitem nicht aufwiegt.

So ist aus Beispielen im Ausland auch bekannt, dass gerade in sozial belasteten und benachteiligten Gebieten ein massvoller Automobilverkehr die Sozialkontrolle stärkt und das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung stärkt.

Landgasthof Sonne

Haus der Freiheit

Geniessen Sie den Herbst

Besuchen Sie den Landgasthof Sonne,
das Haus der Freiheit!

Urgemütliche Gaststube
Wein von SVP-Winzern
Schöne Gartenterrasse
Saal für Gesellschaften
Einfache Zimmer für Übernachtungen

Herzlich willkommen heisst Sie:
Toni Brunner
mit dem ganzen Sonnen-Team

Sonntagabend und Montag: Ruhetag!

Anfahrt:
Am besten findet man den Landgasthof, wenn man von Wattwil die Umfahrungsstrasse Ebnat-Kappel benutzt und vor Krummenau links abbiegt Richtung Bendel/Hemberg. Dann geht's den Berg hinauf. Die Strasse führt direkt zum Landgasthof

Telefon: 071 993 10 01
info@hausderfreiheit.ch – www.hausderfreiheit.ch
Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Neue Gefriertruhe, 368 Liter, 160 cm breit, nur Fr. 790.–, 2 Jahre Garantie. ELECTRA AG, 8632 Tann, 055 251 41 08.

Magnetfeld-System Vita-life eMRS, 4-jährig, inkl. Beratung und mit neuester Programmversion. Tel. 071 983 22 71.

Handgemachte Geschenke zur Geburt, Hochzeit, Jubiläum oder einfach für sich. **www.kreativ-geschaenkli.ch**

Maishäcksler Pöttinger F/H/K, 2-reihig Front/Heck-Anbau möglich, Preis Fr. 1500.–, Tel. 079 690 83 08.

2 Monate alte **Mastkaninchen,** 6 Stück, Hans Brunner-Müller, Oberhofen, 8488 Turbenthal, Tel. 052 385 12 77.

Gutes antikes **Bauernbuffet,** Antiquitätsschätzung, Fr. 4500.–, Telefon 079 484 15 12.

Zwei **Strohmühlen**, Vakumat mit 15 PS, El. Motor und Strohblitz Kibler, 12,5 PS, Tel. 079 678 81 49.

Bücher-Trocknungsschrank, 8–15 kg mit 14 Gitter; **Scheibenschneider und Div.,** wenig gebraucht, Fr. 3500.–, Tel. 079 856 08 36.

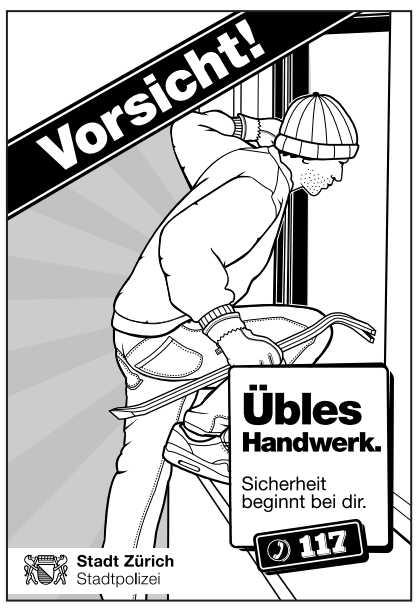
ZU KAUFEN GESUCHT

Achtung! Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei. **Tel. 044 822 26 11.**

ZU VERSCHENKEN

Ab Platz gratis abzugeben, zirka 15 m³ **trockene Holzschnitzel** (Hartholz). E. Hausermann, Ausserfeldstr. 42, 8708 Männedorf. Tel. 044 920 11 44.

Wir suchen **Stapler,** egal Benzin- der Diesel sowie **Bagger**; div. **Baumaschinen**. Gute Bezahlung! Wird sofort abgeholt. **Tel. 079 620 01 83**.



Die Profis vom Land
Personal- und Arbeitskräfte (alles Landwirte) für
▸ Gewerbe ▸ Bau
▸ Industrie ▸ Gartenbau
tage- oder wochenweise, Temporäreinsatz
▸ Tel. 055 251 41 41 ▸ info@mrzo.ch
Maschinenring

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!
Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung
In Top moderner Werkstatt
• Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine
Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

In **Flumserberg SG** zu verkaufen:
– renovierte Kleinwohnungen ab Fr. 155 000.–;
– neuere 4,5-Zi.-Dachwohnung Fr. 525 000.–;
– renoviertes Haus mit zwei Wohnungen Fr. 685 000.–.
Tel. 081 735 29 86
www.sidler-immo.ch

serigrafik
044 810 69 71 Jean Zellweger
Autobeschriftungen • Werbekleber
Reklametafeln • Poster • Lasergravuren
www.serigrafik.ch

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

ZU VERMIETEN

Zu vermieten auf Frühjahr 2009 in Hochfelden: **4-Zimmer-Hausteil auf Bauernhof** mit Garage, Umschwung, Miete Fr. 1800.–/1600.–. Ruhige Menschen, mittleres Alter, Nichtraucher, tierliebend, bei Abwesenheit: Betreuung der Kleintiere. Tel. 044 860 20 28.

ZU MIETEN GESUCHT

Mann 50 sucht per sofort **1–2,5-Zimmer-Wohnung.** Günstige Miete. Natel 079 828 98 75.

Gerne mitanpackende **Agronomin/Landwirtin** sucht Wohnung und Mitarbeit auf Hof. (Arbeitsspitzen, regelmässige Stallablösung, Direktvermarktung usw.) **Tel. 076 574 34 72.**

IMMOBILIEN

Zu verkaufen in **Vals** im Haus Zervreila **renoviertes Studio.** Nähere Infos unter Tel. 044 221 11 12, Di–Fr. 9.00 bis 18.00 Uhr.

PACHT

Suche zirka **2500 m² Grünfläche** zum Pachten für Hundeschule im Raum Zürich-Unterland. Tel. 079 580 34 42.

STELLEN

Maschinenring sucht **motivierte Leute,** die anpacken können, Raum Kanton Zürich für Landwirtschaft, Gartenbau, Bau, wochenweise oder länger, Tel. 055 251 41 41.

Plattenverlegearbeiten, zirka 170 m² in der **Toscana.** Boden und 3 Badezimmer, evtl. auch Malerarbeiten. Basis Stundenlohn, Kost und Logis gratis. Telefon 076 284 47 28.

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

☐ zu verkaufen ☐ zu verschenken ☐ zu kaufen gesucht
☐ zu vermieten ☐ Freizeit/Kontakte ☐ _____

Anzahl der Erscheinungen ____mal
Name _____
Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon _____
E-Mail _____

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.
Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis

PARKHOTEL VILLA NIZZA – LUGANO
Das Parkhotel Villa Nizza*** **www.villanizza.com**
ist ein kleines Paradies in Panoramalage, eine Oase im Grünen am Fusse des Hausberges San Salvatore. Fast 6000 m² subtropischer Park mit Hunderten von Palmen und solarbeheiztem Schwimmbad, nur wenige Gehminuten von der Seepromenade entfernt.
Interessante Angebote
Telefon 091 994 17 71 Fax 091 994 17 73 hotelnizza@swissonline.ch

ZÜRCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

50 FRANKEN Reka-Checks

Der Reka-Check – das touristische Zahlungsmittel

Reka-Checks sind ein Zahlungsmittel für touristische Leistungen in der Schweiz. Rund 7000 Annahmestellen in der Schweiz im Bereich Ferien, Freizeit und Reisen akzeptieren Reka-Checks wie Bargeld.

So können Sie gewinnen!

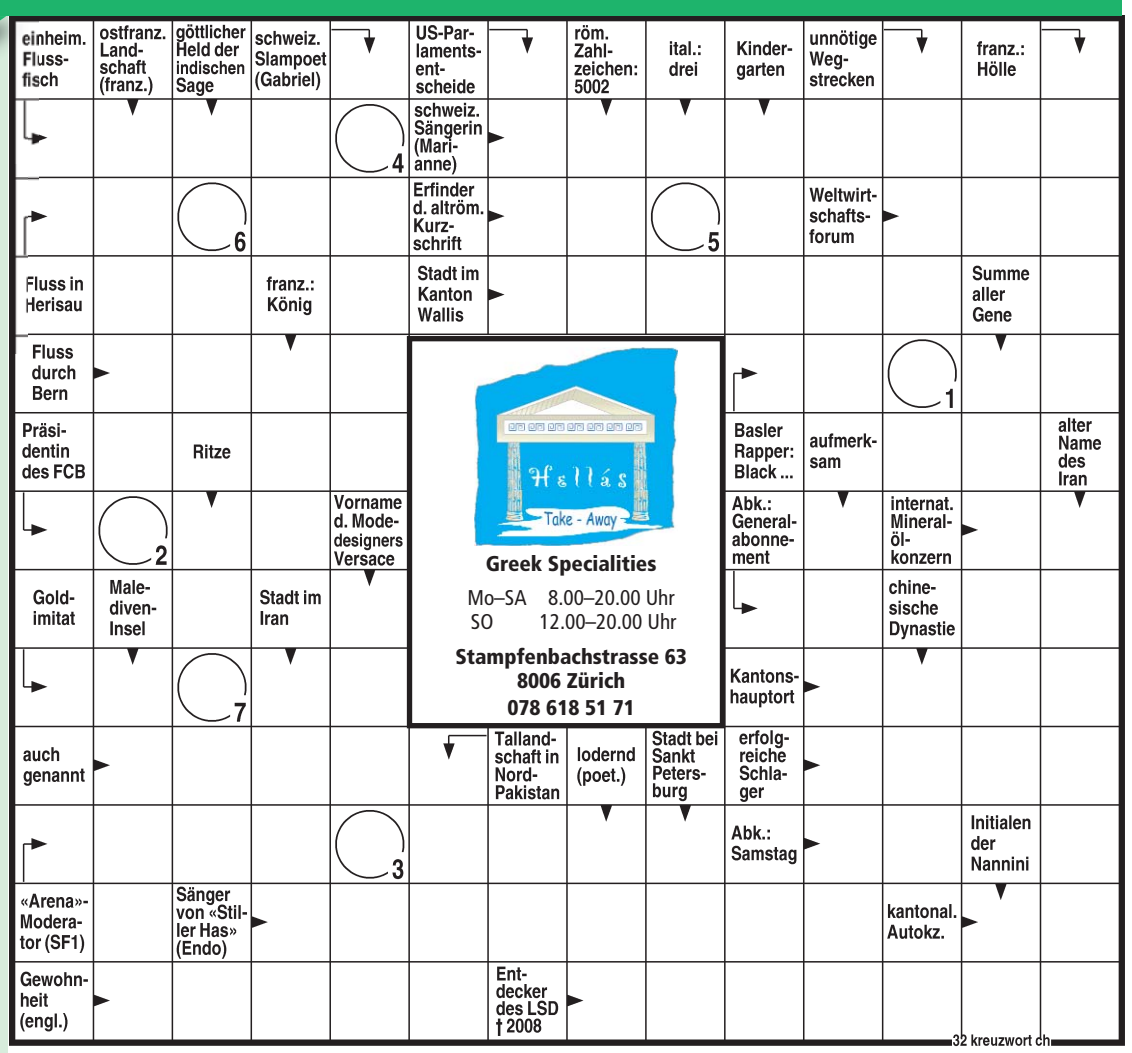
Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 17. September 2008:**

Zürcher Bote/Bauer
Wochenrätsel
Seestrasse 95
8800 Thalwil

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Gewinner aus Nr. 34/08
Lösungswort: Bettelarm
Gewinner: N. Huber, Küsnacht

Schwedenrätsel
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.



1	2	3	4	5	6	7

Lösungswort Woche 37/08

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-SCHIESSEN

Freitag, 26. September 2008 bis Sonntag, 28. September 2008, Schiessanlage Luckhausen, Illnau-Effretikon. Weitere SVP-Schiessen: 2009 im Bezirk Andelfingen und 2010 im Bezirk Dielsdorf.

VORANKÜNDIGUNG

Samstag, 25. Oktober 2008,
8.30 Uhr, Vogtei Herrliberg, Schulhausstrasse 49, Herrliberg, Programmtagung der SVP-Verkehrskommission zum Thema «Der Verkehr muss fliessen».

Programm:

ab 8.30 Uhr: Kaffee und Gipfeli (offeriert von der SVP-Verkehrskommission).

9.00 Uhr: «Strategisches Gesamtverkehrskonzept für den Wirtschaftsstandort Kanton Zürich», Regierungsrätin **Rita Fuhrer**, Volkswirtschaftsdirektorin.

ab 10.00 Uhr: Kurzreferate: «Gesetzliche Grundlagen für die Verkehrsplanung», Gemeinderat **Bruno Amacker**, Zürich.
Zukunft und Entwicklung des ÖV im Kanton Zürich», Gemeinderat **Christian Meier**, Unterengstringen.
«Flughafenkanton Zürich», Kantonsrat **Lorenz Habicher**, Zürich.

10.30 bis 12.30 Uhr: Gruppenarbeit. Anmeldungen an das SVP-Sekretariat, Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich, Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch. Bitte Name und Adresse sowie Anzahl Personen und eventuelle Teilnahme am Mittagessen (Trockenes Gedeck, Fr. 16.–) mitteilen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 22. September 2008, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Schmiden.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 10. November 2008, 20.00 Uhr, Restaurant Schönegg, Hausen am Albis, Vorstandssitzung und Stammtisch.

Montag, 1. Dezember 2008, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum, Dorfstrasse 8, Ebertswil, Parteiversammlung und Chlaushock.

Bezirk Affoltern und SVP Bonsetten
Vorankündigung: Donnerstag, 30. Oktober 2008, 20.00 Uhr, kontradiktorische HarmoS-Veranstaltung in Bonstetten. Pro: Nationalrat Dr. Gerhard Pfister (CVP), Oberägeri. Contra: Kantonsrat Matthias Hauser, Hüntwangen (SVP). Weitere Angaben folgen.

Bezirk Andelfingen / Andelfingen
Montag, 3. November 2008, 20.00 Uhr, Hotel Restaurant Löwen, Landstrasse 38, Andelfingen, Veranstaltung «Politik zum Anfassen», zum Thema HarmoS. Referent: Kantonsrat Matthias Hauser. Die Veranstaltung dauert zirka 90 Minuten.

Bezirk Bülach / Hüntwangen, Rafz, Eglisau und Wil
Samstag, 4. Oktober 2008, im Felslabor Mont Terri bei St-Ursanne, Besichtigung NAGRA-Labor und Weindegustation in Schinznach-Dorf.

Programm:

07.00 Uhr	Abfahrt Car, Werkhof Rafz.
07.15 Uhr	Abfahrt Car, Parkplatz Brückenkopf Süd, Eglisau.
09.30 Uhr	St-Ursanne, Felslabor Mont Terri. Kaffee und Gipfeli, Vortrag NAGRA, Diskussion, Besuch Felslabor, Mittagessen.
14.30 Uhr	Abfahrt St-Ursanne.
16.00 Uhr	Schinznach Dorf, Weinbaugenossenschaft: Kellerführung, Degustation mit kleiner Apéroplatte.
19.00 Uhr	Abfahrt Schinznach Dorf.
20.30 Uhr	Ankunft in Eglisau/Rafz.

Kosten: 40 Franken/Person, inkl. Carfahrt, Führung Felslabor, Mittagessen, Weindegustation.

Anmeldung an Matthias Hauser, Schulgasse 1, 8194 Hüntwangen, Fax 044 869 30 28, E-Mail: info@matthias-hauser.ch. **Bitte angeben, ob mit Car ab Werkhof Rafz oder Parkplatz Brückenkopf Süd, Eglisau.**

Bezirk Meilen / Herrliberg
Samstag, 20. September 2008, 12.45 Uhr, «Chilehügel» bei der Ref. Kirche Tal, Herbst-Treffen. Gemütlicher Fussmarsch entlang des Zürichseeufers mit Kurzvorträgen von Herrliberger Persönlichkeiten. Teilnahme und Vortrag von Nationalrat Prof. Dr. Christoph Mörgeli. Apéro beim Segel- und Yachtclub. Gemütliches, einfaches Nachtessen beim wunderschönen «Chilehügel». Anmeldung unter info@svp-herrliberg.ch.

Bezirk Meilen / Meilen
Sonntag, 14. September 2008, 10.00 Uhr, auf dem Areal der Gebrüder Schneider AG, Bergstrasse 10, Meilen, Meilemer SVP-Frühschoppen mit Begrüssungsapéro und Festwirtschaft. Es referieren zum Thema «Referendum zur Personenfreizügigkeit?» Nationalrat Dr. Pirmin Schwander, SVP Schwyz, Nationalrat Lukas Reimann, SVP St. Gallen sowie Nationalrätin Doris Fiala, FDP Zürich und Daniel Lampart, Chefökonom SGB (Schweiz. Gewerkschaftsbund). Gesprächsleitung: Rachel Van der Elst, Redaktorin Tages-Anzeiger Regionalausgabe rechtes Ufer. Wir laden Sie, Ihre Familie und Freunde zu dieser öffentlichen Veranstaltung herzlich ein.

Bezirk Meilen / Uetikon
Mittwoch, 17. September 2008, 16.00 Uhr, Besichtigung der Firma J. Grimm AG in Holzhausen, bei Oetwil. Christoph Hess-Grimm (Inhaber und Geschäftsführer) wird Sie durch die Anlagen führen. Anfahrt: Individuell mit Privatautos; nach Bedarf Mitfahrgelegenheit. Für Mitfahrer: Abfahrt 15.30 Uhr bei der Kirche Uetikon (Parkieren in Holzhausen an der alten Zürichstrasse, siehe Lageplan «Museum»). Programm: 16.00 Uhr: Empfang bei der Firma J. Grimm AG, Holzhausen. Besichtigung des Abfallzentrums in Holzhausen. Zirka 17.00 Uhr: Besichtigung der Gäranlage und der Deponie in der Chrüzlen und zirka 18.30 Uhr: Imbiss im Restaurant Alpenblick in Uetikon auf eigene Rechnung. Anmeldung bis Samstag, 13. September 2008 an Margrit Schait, Weissenrain 32, 8707 Uetikon oder per E-Mail: m.schait@bluewin.ch. Bitte nicht vergessen: Name/Vorname, Anzahl Personen, Teilnahme mit Imbiss (kalter Fleischteller oder Salatteller), Teilnahme ohne Imbiss und wünsche Mitfahrgelegenheit.

Bezirk Pfäffikon / Russikon
Dienstag, 16. September 2008, 20.00 Uhr, Restaurant Krone, Russikon, Parteiversammlung.

Freitag, 17. Oktober 2008, 19.30 Uhr, Schützenhaus, Russikon (ab 19.00 Uhr Apéro), SVP-Party 2008. Um 19.30 Uhr traditioneller Beinschinken mit Kartoffelsalat. Im Anschluss referiert Ehrengast Nationalrat Hansjörg Walter, Präsident Schweizerischer Bauernverband zum aktuellen Thema: «Landwirtschaftspolitik wohin?». Danach Lotto-Match mit attraktiven Preisen! Parteimitglieder, Gäste und Freunde der SVP sind herzlich eingeladen.

www.svp-russikon.ch

Einladung zur Parteiversammlung

Dienstag, 16. September 2008, 20:00 Uhr
Rest. Krone, Russikon

Bezirk Winterthur / Altstadt, Veltheim, Töss und Mattenbach
Sonntag, 21. September 2008, 11.00 Uhr, Mehrzweckanlage Teuchelweiher (Reithalle), Winterthur, Spaghetti-Plausch mit Referat von Nationalrat Jürg Stahl.

Bezirk Winterthur / Elgg und Aadorf
Sonntag, 21. September 2008, 8.00 Uhr, Abfahrt Parkplatz Bahnhof Elgg und um 8.30 Uhr beim Bahnhof Aadorf, mit dem Reisecar zur Sauschwänzle-Museumsbahn nach Blumberg/D, im Schwarzwald (ID mitnehmen!). Abfahrt des Dampfzuges um 10.00 Uhr. Unterwegs gibt es für Fotofreunde sogenannte Scheinanfahrten. Ankunft in Weizen um 11.10 Uhr. Weiterfahrt mit dem Car nach Grafenhausen im Hochschwarzwald zum Mittagessen im Restaurant Tannenmühle (fakultativ). Rückkehr nach Elgg und Aadorf ca. 16.30 Uhr. Fahrpreis für Car und Dampfzug 60 Franken (wird während der Hinfahrt im Car bezogen). Auch Mitglieder aus anderen Sektionen und Nichtmitglieder sind herzlich willkommen. Anmeldung bis spätestens Montag, 15. September 2008 an Paul Voegeli, Stutzstrasse 23, 8353 Elgg, Telefon 052 534 02 60, Natel 079 404 40 58 oder E-Mail: shamu2@hispeed.ch.

Junge SVP Oberland/See
Samstag, 13. September 2008, 09.30 Uhr, Bahnhof Männedorf, Standaktion für die Initiativen «Staatsverträge vors Volk» und «JA zur Mundart im Kindergarten».

Junge SVP Winterthur
Samstag, 20. September 2008, 9.30–11.30 Uhr, Marktgasse/Ecke Kasinostrasse, Winterthur, Standaktionen für die Initiativen «Staatsverträge vors Volk» und «JA zur Mundart im Kindergarten». Weitere Standaktionen: 4. Oktober, 18. Oktober und 1. November 2008. Jeweils am Samstag von 9.30 bis 11.30 Uhr.

Junge SVP Zürich-West
Samstag, 13. September 2008, 10.00–12.00 Uhr, Horgen, Standaktionen für die Initiativen «Staatsverträge vors Volk» und «JA zur Mundart im Kindergarten».

Stadt Zürich / Kreis 6
Samstag, 20. September 2008, 10.00–12.00 Uhr, Schaffhauserplatz, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 28. September 2008.

Stadt Zürich / Kreis 9
Dienstag, 21. Oktober 2008, 19.30 Uhr, Mercure Hotel Stoller, Badenerstrasse 357, Zürich, Höck zum Thema «Verkehr».

Freitag, 5. Dezember 2008, 19.00 Uhr, Schützenstube Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Chlausfeier.

Stadt Zürich / Kreis 11
Sonntag, 28. September 2008, 10.00–17.00 Uhr, auf dem Bauernhof der Familie Albert Schuhmacher, Katzenseestrasse 8, Zürich-Affoltern, Herbst-Brunch (der Anlass ist öffentlich). Reichhaltiges Brunch-Buffet von 10.00 bis 12.30 Uhr. Preis: Erwachsene 20 Franken, Kinder 9 Franken. Kurzreferate von Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz und Nationalrätin Natalie Rickli, Product Manager. Von 12.30 bis 17.00 Uhr Volksfest für die ganze Familie, u.a. Fahrten mit dem Pferdefuhrwerk; Handörgelimusik; Suppe, Würste, Kuchen, Bier und Wein; Degustation von Rafzer Weinen.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Samstag, 13. September 2008, 09.00-12.00 Uhr, Marktplatz Oerlikon, zwischen Brunnen und Swissôtel, Standaktion.

Donnerstag, 6. November 2008, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 2. Dezember 2008, 19.00 Uhr, Restaurant Bahnhof Wollishofen, Seestrasse 339, Zürich-Wollishofen, Adventsessen. **ACHTUNG: Neues Datum (vorher Montag, 1. Dezember 2008)**.

Montag, 26. Januar 2009, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Bezirk Winterthur
Samstag, 15. November 2008, 19.00 Uhr, Schützenhaus, Pfungen, Apéro und traditionelles Raclettessen.

SVP-Frauen Kanton Zürich
Donnerstag, 18. September 2008 bis Sonntag, 21. September 2008, SVP-Studienreise nach Stockholm «30 Jahre Wohlfahrtsstaat Schweden». **Ausgebucht – leider keine Plätze mehr frei!** Referate in Englisch, deutsche Zusammenfassung:

- Der schwedische Arbeitsmarkt.
- Das schwedische Gesundheitswesen und die Altersvorsorge.
- 3-stündige Stadtrundfahrt durch Stockholm und vieles mehr!

Nicht inbegriffen: Alle nicht erwähnten Mahlzeiten und Transfers. Organisation: SVP Frauen Kanton Zürich und SVP Frauen Schweiz.

Donnerstag, 30. Oktober 2008, 18.00 Uhr (1. Carfahrt) oder Donnerstag, 13. November 2008 (2. Carfahrt/Weihnachtsessen), zu Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, ins wunderschöne Toggenburg (Weihnachtsanlass) mit Abendessen im Landgasthof Sonne, Ebnat-Kappel (www.hausderfreiheit.ch).

18.00 Uhr	Besammlung auf dem Carparkplatz Sihlquai, Zürich.
18.15 Uhr	Abfahrt.
18.40 Uhr	Abfahrt Dübendorf (Zwischenhalt auf Chilbiplatz bei Stadtpolizei/Post 1).

Zwischen 22.00 und 23.00 Uhr Rückfahrt.

Originelles Toggenburger-Nachtessen mit «Appenzeller»-Apéro: «Chäshörnli und Südwurscht mit Toggenburger Schlorzifladen». Kosten Essen pro Person: 32 Franken, exkl. Getränke. Kosten Carfahrt pro Person: 40 Franken, exkl. Essen und Getränke. Teilnehmerzahl: Jeweils max. 100 Personen (2 Cars). SVP-Mitglieder und Sympathisanten sind herzlich willkommen! Nationalrat Toni Brunner wird Sie bei der Carfahrt ab Zürich begleiten. Anmeldung erforderlich an Jacqueline Hofer, Telefon 044 820 20 90, Fax 044 820 20 85 oder E-Mail: info@jhofer.ch mit folgenden Angaben: 1. oder 2. Carfahrt, Eintrittsort.

Anmeldeschluss 1. Carfahrt: Mittwoch, 15. Oktober 2008; Anmeldeschluss 2. Carfahrt: Donnerstag, 30. Oktober 2008.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

SVP-Kreispartei Toggenburg / SVP Bezirk Hinwil / SVP Bezirk Münchwilen
Sonntag, 14. September 2008, bei Familie Niklaus Schönenberger, Landwirt, im Wupplisberg, Mosnang SG, SVP-Gipfeltreffen (signalisiert ab Mitte Dorf Mosnang, Nähe Post).

Programm:

10.30 Uhr	Eintreffen.
11.00 Uhr	Begrüssung durch **Bruno Fischbacher**, Präsident SVP Mosnang.
11.10 Uhr	TG – Referat von **NR Hansjörg Walter** zum Thema «Marktöffnung».
11.20 Uhr	ZH – Referat von **KR Hansheinrich Heusser** zum Thema «Politische Veränderungen durch neue Präsidien in unseren Kantonen sowie der Schweiz».
11.30 Uhr	SG – Referat von **NR Lukas Reimann** zum Thema «Kommunalwahlen und kommende Abstimmungen».
11.40 Uhr	Offenes Mikrofon / Fragen aus der Bevölkerung.
11.50 Uhr	Schlusswort von **Heinz Habegger**, Präsident Kreis SVP Toggenburg.

Festwirtschaft und Unterhaltung mit der Kapelle «Hus-Cher-Örgeler».

Vorankündigungen «Schweizerzeit»
Samstag, 1. November 2008, «Schweizerzeit»-Herbstversammlung im Hotel Hilton, Zürich-Flughafen. Weitere Angaben folgen.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Daniela Vas (vs.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.), Hans Fehr (fe.)

Redaktion:
«Zürcher Bauer»
Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich
Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32
bauernverband@zbv.ch, PC 80-1718-7

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 89 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

MOTORRAD-CLUB SVP

Höcks
Dienstag, 23. September 2008, 19.30 Uhr, **6. Höck**, Restaurant Kolbenhof, Zürich.

Jahresschlusstreffen
Freitag, 10. Oktober 2008, Restaurant Krone, Hedingen, Jahresschlusstreffen.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Vortrag «Wohlbefinden im Alter»
Montag, 1. Dezember 2008, 14.00–16.00 Uhr, Volkshaus, Weisser Saal, Stauffacherstrasse 60, Zürich (Tram 8 oder Bus 32 bis Helvetiaplatz). Themen: Stadtrat Robert Neukomm: **Lachen ist gesund**. Prof. Dr. Brigitte Boothe, Psychologisches Institut Universität Zürich: **Findet mich das Glück?** Pello, Clown und Humorberater: **Humor als Schwimmring auf dem Strom des Alltags**. Der Eintritt ist gratis.

SVP Kreispartei TOGGENBURG

SVP Die Partei des Mittelstandes SVP des Bezirks Hinwil

SVP Bezirk Münchwilen

EINLADUNG

SVP – GIPFELTREFFEN

vom 14. September 2008

Im Wupplisberg, Mosnang SG

Bei Familie Niklaus Schönenberger, Landwirt
Signalisiert ab Mitte Dorf Mosnang (Nähe Post)

Eintreffen ab 10.30 Uhr

Programm:

11.00 Uhr	Begrüssung durch **Bruno Fischbacher,** Präsident SVP Mosnang
11.10 Uhr	TG – Referat von **NR Hansjörg Walter** zum Thema «Marktöffnung»
11.20 Uhr	ZH – Referat von **KR Hansheinrich Heusser** zum Thema «Politische Veränderungen durch neue Präsidien in unseren Kantonen sowie der Schweiz»
11.30 Uhr	SG – Referat von **NR Lukas Reimann** zum Thema «Kommunalwahlen und kommende Abstimmungen»
11.40 Uhr	Offenes Mikrofon / Fragen aus der Bevölkerung
11.50 Uhr	Schlusswort **Hr. Heinz Habegger,** Präsident Kreis SVP Toggenburg

Festwirtschaft und Unterhaltung mit der Kapelle «Hus-Cher-Örgeler»